



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1959

Samstag, den 3. Januar 1959

Nr. 1

INHALT

Seite

Seite

Der Hessische Ministerpräsident		
Zweigtüro der Österreichischen Außenhandelsstelle in Frankfurt/Main mit dem Sitz in Hamburg	1	Bewertungsergebnisse über die LI. Hauptausschußsitzung am 4. Oktober 1958
Verleihungen des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland	1	Errichtung der Pfarrkuratie Brensbach, Kreis Dieburg
Erteilung des Exequaturs an den Wahlkonsul der Dominikanischen Republik in Frankfurt/Main, Herrn Honst-Wolfgang Detmer	2	Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
Der Hessische Minister des Innern		Begriff der Spareinlage nach § 22 KWG
Anrechnung arbeitsfreier Werkzeuge auf den Urlaub	2	Dritte Bekanntmachung über die Festsetzung des Wertes der Sachbezüge nach § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung
Verordnung über die Polizeistunde; hier: Ausführungserlaß zu § 5 Abs. 1 Nr. 2	2	Regierungspräsidenten
Ersuchen um Auskunft aus dem französischen Strafregister	2	DARMSTADT
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Achenbach im Landkreis Biedenkopf	2	Ungültigkeitserklärung eines Dienstausschweises
Delegiertenversammlung der Landesapothekerkammer	2	KASSEL
Der Hessische Minister der Finanzen		Zuständigkeitsänderung auf dem Gebiet des Fleischschauwesens
Vorläufige Richtlinien für die Innenbeleuchtung in öffentlichen Gebäuden	3	Ungültigkeitserklärungen von Bescheiden über die Registrierung als Evakuierter
Brennstoffversorgung in der Heizperiode 1959/60	3	WIESBADEN
Vorprüfungsordnung für das Land Hessen (VPOH)	3	Ungültigkeitserklärung von Bescheiden über die Registrierung Evakuierter
Lohnzulagen für Kraftfahrer	3	Ungültigkeitserklärung einer Bescheinigung gemäß § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz
Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung		Buchbesprechungen
Bewertungsergebnisse über Nachträge, Ergänzungen und Änderungen im Anschluß an die Bewertungsergebnisse der 171. Bewertungssitzung	4	Öffentlicher Anzeiger

1

Der Hessische Ministerpräsident

Zweigtüro der Österreichischen Außenhandelsstelle in Frankfurt/Main mit dem Sitz in Hamburg

Die Österreichische Botschaft hat mitgeteilt, daß in Hamburg ein Zweigtüro der Österreichischen Außenhandelsstelle Frankfurt/Main eröffnet worden ist.

Der Amtsbereich umfaßt die Länder Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Die Leitung des Zweigtüros hat Herr Dr. Oskar Warsberg übernommen. Die Anschrift ist:

Hamburg 13
Heimhudenstraße 76

Wiesbaden, 15. 12. 1958 **Der Hessische Ministerpräsident**
Staatskanzlei
II/3 Az.: 2e 10/01

St.Anz. 1/1959 S. 1

2

Verleihungen des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Der Herr Bundespräsident hat auf meinen Vorschlag den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland an folgende besonders verdiente Frauen und Männer verliehen:

GROSSES VERDIENSTKREUZ

Bär, Bernhard, Vizepräs. d. Ind. u. Handelskammer, Frankfurt/Main, Frankfurt/Main;

Gramberg, Prof. Dr. Anton, Frankfurt/Main;

Grüter, Prof. Dr. Wilhelm, Marburg/Lahn;

Keller, Dr. Rudolf, Stadtrat a. D., Frankfurt/Main;

Noll, Eduard, Verw. Gerichtspräsident a. D., Schatzmeister d. Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Kassel;

VERDIENSTKREUZ I. KLASSE

Böhm, Karl, Kaufmann, Wiesbaden

Cossmann, Margarete, Oberstudiendirektorin a. D., Hanau;

Düppel, Hans, Standesbeamter a. D., Geschäftsführer d. Bundes der Standesbeamten, Frankfurt/Main;

Hasenstrauch, Hedwig, Mittelschuldirektorin a. D., Frankfurt/Main-Praunheim;

Hirtes, Robert, Direktor, Frankfurt/Main;

Klinger, Max, Fabrikant, Wiesbaden-Dotzheim;

Müller, Helene, Direktorin a. D., Kassel;

Niepoth, Dr. Fritz, Bürgermeister a. D., Schlitz;

Raschke, Kurt, Prokurist, Darmstadt;

Sens, Dr. Harry, Oberreg.-Vet.-Rät a. D., Frankfurt/Main;

Thomsen, Dr. Hans, Chefarzt, Melsungen;

Wefelmeyer, Prof. Robert, Direktor a. D., Wiesbaden;

VERDIENSTKREUZ AM BANDE

Breidenstein, Wilhelm, Frankfurt/Main;

Hufenbecher, Dr. Paul, Bad Homburg v. d. H.;

Knoll, Dr. Alfred, Frankfurt/Main;

Lemmler, Wilhelm, Schuhmachermeister, Lahn/Lahn;

Leonhard, Fritz, Ingenieur, Frankfurt/Main;

von Schütz, Dr. Werner, Frankfurt/Main;

Wenz, Philipp, Prokurist, Bensheim a. d. B.

Wiesbaden, 17. 12. 1958 **Der Hessische Ministerpräsident**
II/3 Az.: 14a 02/03

St.Anz. 1/1959 S. 1

3

Erteilung des Exequaturs an den Wahlkonsul der Dominikanischen Republik in Frankfurt/Main, Herrn Horst-Wolfgang Dettmer

Die Bundesregierung hat dem zum Wahlkonsul der Dominikanischen Republik in Frankfurt/Main ernannten Herrn

Horst-Wolfgang Dettmer am 10. Dezember 1958 das Exequatur erteilt.

Der Amtsbezirk des Wahlkonsulats umfaßt das Land Hessen.

Wiesbaden, 17. 12. 1958

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei

II/3 Az. 2e 10/07

St.Anz. 1/1959 S. 2

4

Der Hessische Minister des Innern

Anrechnung arbeitsfreier Werktage auf den Urlaub

Nach § 5 Abs. 4 der Urlaubsverordnung für die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes im Lande Hessen in der Fassung vom 1. Oktober 1958 (GVBl. S. 149) und den Urlaubs- und Tarifverträgen für die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienste müssen Arbeitstage, die arbeitsfrei sind, weil die Arbeitszeit so verteilt ist, daß nicht regelmäßig an allen Werktagen in der Woche gearbeitet wird, anteilig in der gesamten Dauer des Urlaubs enthalten sein.

Die anteilige Anrechnung der nach den o. a. Vorschriften arbeitsfreien Werktage ist in folgender Weise vorzunehmen:

1. Liegt in jeder zweiten Woche ein arbeitsfreier Werktag, so müssen in einem Urlaub von einer Gesamtdauer von 12 bis 23 Arbeitstagen 1 arbeitsfreier Tag, von 24 bis 35 Arbeitstagen 2 arbeitsfreie Tage, von 36 u. mehr Arbeitstagen 3 arbeitsfreie Tage enthalten sein.
2. Liegt in jeder Woche ein arbeitsfreier Werktag, so muß in 6 Urlaubstagen ein arbeitsfreier Tag enthalten sein.
3. Werden arbeitsfreie Tage in einer von Nr. 1. und 2. abweichenden Folge gewährt, so sind sie sinngemäß auf die gesamte Urlaubsdauer anzurechnen.
4. Auf Sonderurlaub und den nach § 13 der Urlaubsverordnung oder sonstigen gesetzlichen Vorschriften gewährten Zusatzurlaub werden arbeitsfreie Werktage nicht angerechnet.

Wiesbaden, 18. 12. 1958 Der Hessische Minister des Innern
I c — 12

St.Anz. 1/1959 S. 2

5

Verordnung über die Polizeistunde

hier: Ausführungserlaß zu § 5 Abs. 1 Nr. 2

Auf Grund des § 7 Abs. 1 der Verordnung über die Polizeistunde vom 18. 11. 1954 (GVBl. S. 269) weise ich auf das Folgende hin:

Nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung über die Polizeistunde kann der Gemeindevorstand den Beginn der Polizeistunde für einzelne Veranstaltungen oder vorübergehend allgemein auf einen späteren Zeitpunkt festsetzen, soweit hierfür — insbesondere bei Kirchweihfesten oder in der Fastnachtzeit — ein besonderer Anlaß besteht.

Neben den in dieser Vorschrift aufgeführten Beispielen kommen als „besonderer Anlaß“ vor allem Jahrmärkte, Volksfeste im allgemeinen und ähnliche Veranstaltungen (z. B. Veranstaltungen von Vereinen) in Betracht. Unzulässig ist es hingegen, über den Rahmen der zitierten Ermächtigung hinaus Polizeistundenfestsetzungen auch in Fällen vorzunehmen, in denen von einem „besonderen Anlaß“ nicht mehr gesprochen werden kann. Beispielsweise ist es rechtlich unvertretbar, schon das Wochenende als solches als einen Grund für Regelungen im Sinne der genannten Vorschrift zu betrachten. Ferner stellen auch die wirtschaftlichen Interessen an einer längeren Offenhaltung der in § 1 der Verordnung über die Polizeistunde genannten Unternehmen keinen Gesichtspunkt dar, der im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden kann.

Wiesbaden, 18. 12. 1958 Der Hessische Minister des Innern
IId — 21a-e — 25/58 — 3

St.Anz. 1/1959 S. 2

6

Ersuchen um Auskunft aus dem französischen Strafregister

Die französische Botschaft in Bonn hat beanstandet, daß deutsche Verwaltungsdienststellen ihre Ersuchen um Auskunft aus dem Strafregister über in Frankreich geborene Personen in manchen Fällen unmittelbar an die französischen

Justizbehörden richten. Dies ist nach Mitteilung der Französischen Botschaft häufig dann der Fall, wenn die Ersuchen Personen betreffen, die im Zuständigkeitsbereich des Appellationsgerichts Colmar (Elsaß) geboren sind.

Dieses Verfahren ist unzulässig. Nach französischem Recht müssen Rechtshilfeersuchen stets auf dem diplomatischen Weg übermittelt werden, sofern nicht vertraglich etwas anderes vereinbart ist. Da Ersuchen um Auskunft aus dem Strafregister nach dem Entwurf einer vorläufigen Vereinbarung über den deutsch-französischen Rechtshilfeverkehr in Strafsachen nicht zu den Ersuchen zählen, die auf dem unmittelbaren Geschäftsweg übermittelt werden können, haben die deutschen Behörden bei solchen Ersuchen in Ermangelung eines diesbezüglichen Abkommens deshalb den diplomatischen Weg einzuhalten.

Ich weise jedoch darauf hin, daß nach § 1 Abs. 2 der Strafregisterverordnung in der Fassung vom 17. 2. 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 140) in Verbindung mit der AV des Bundesministers der Justiz vom 27. 1. 1954 (Bundesanzeiger Nr. 21) das Strafregister über Personen, deren Geburtsort im Ausland liegt, beim Generalbundesanwalt — Bundesstrafregister — in Berlin-Charlottenburg, Soorstraße 84, geführt wird (vgl. Bekanntmachung des Bundesministers der Justiz vom 11. 10. 1954 — Bundesanzeiger Nr. 200 —). Strafregisterauskünfte über im Ausland geborene Personen sind daher in erster Linie dort anzufordern.

Wiesbaden, 18. 12. 1958

Der Hessische Minister des Innern
III b — 26 c 10

St.Anz. 1/1959 S. 2

7

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Achenbach im Landkreis Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden

Der Gemeinde Achenbach im Landkreis Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

Wappenbeschreibung:

„In Silber ein blauer, schräg-links verlaufender Bach, begleitet von zwei roten Rosen mit goldenen Butzen und grünen Kelchblättern.“

Wiesbaden, 15. 12. 1958

Der Hessische Minister des Innern
IV b (2) — 3 k 06 — 15/58

St.Anz. 1/1959 S. 2

8

Delegiertenversammlung der Landesapothekerkammer

Bezug: Ergebnis der Wahl der Landesapothekerkammer (St. Anz. 1955 S. 1307)

Das Mitglied der Delegiertenversammlung der Landesapothekerkammer Hessen

Herr Apotheker Heinz Röse, Kassel, Beethoven-Apothek an der Stadthalle

hat sein Mandat in der Delegiertenversammlung niedergelegt.

An seiner Stelle ist

Herr Apotheker Martin Plohl, Kassel-Bettenhausen, Leipziger Straße 136

gemäß § 18 der Wahlordnung für die Delegiertenversammlung der Ärzte-, Zahnärzte-, Tierärzte- und Apothekerkammern vom 31. März 1955 (GVBl. S. 13) Mitglied der Delegiertenversammlung der Landesapothekerkammer Hessen geworden.

Wiesbaden, 16. 12. 1958

Der Hessische Minister des Innern
VII A/h — 18 b 16 01 — 5996/58

St.Anz. 1/1959 S. 2

9

Der Hessische Minister der Finanzen

Vorläufige Richtlinien für die Innenbeleuchtung in öffentlichen Gebäuden

Der Bundesminister der Finanzen hat mit einem Erlaß vom 29. 11. 1957 die vom Arbeitskreis Heizungs- und Maschinenwesen staatlicher und kommunaler Verwaltungen im Jahre 1957 aufgestellten

Vorläufigen Richtlinien für die Innenbeleuchtung in öffentlichen Gebäuden

für die Bundesbehörden in Kraft gesetzt.

Die vorläufigen Richtlinien für die Innenbeleuchtung in öffentlichen Gebäuden ersetzen die mit Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 29. 1. 1934, RBB 1934 Seite 16, veröffentlichten Richtlinien für die Beleuchtung von Diensträumen, die den heutigen Grundsätzen der Beleuchtungstechnik nicht mehr entsprechen.

Die vorläufigen Richtlinien für die Innenbeleuchtung in öffentlichen Gebäuden, herausgegeben vom Bundesminister der Finanzen 1957, werden hiermit auch für die Landesbehörden in Kraft gesetzt.

Bei Anwendung der vorläufigen Richtlinien bitte ich folgendes zu beachten:

Für den Rückgang der Beleuchtungsstärke im Laufe der Betriebszeit ist ein Verminderungsfaktor

V = 0,9 bei Glühlampen und

V = 0,8 bei Entladung- und Mischlichtlampen

(vgl. Abschnitt 7.4 der vorläufigen Richtlinien)

zu berücksichtigen.

Eine nachträgliche Anpassung bestehender Beleuchtungsanlagen an die Beleuchtungsstärkewerte der „Vorläufigen Richtlinien für die Innenbeleuchtung in öffentlichen Gebäuden“ kann aus wirtschaftlichen Gründen nur über einen längeren Zeitraum verteilt vorgenommen werden.

Die vorläufigen Richtlinien können vom Verlag Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin-Wilmersdorf, zum Preis von DM 1,25 bezogen werden.

Wiesbaden, 10. 12. 1958

Der Hessische Minister der Finanzen

O 6023 — A 1 — V/5

St.Anz. 1/1959 S. 3

10

An alle brennstoffverbrauchenden Behörden, Anstalten und Betriebe im Lande Hessen

Brennstoffversorgung in der Heizperiode 1959/60

Bezug: Erlaß des HMdF vom 11. 2. 1955 Az.: O 1500
A — 9 — I/21, St.Anz. S. 215 H 4020

Zur Durchführung der mit o. a. Erlaß angeordneten zentralen Beschaffung von Brennstoffen durch die Landesbeschaffungsstelle erhalten Sie demnächst Vordrucke zur Aufstellung des Bedarfsplans 1959/60. Ich bitte die hausverwaltenden Stellen, mir diese Brennstoff-Bedarfspläne in dreifacher Ausfertigung ausgefüllt möglichst sofort, spätestens jedoch zum

28. Februar 1959

einzusenden, damit der Gesamtbedarfsplan 1959/60 erstellt und die Lieferabkommen mit den vorgeschlagenen Firmen rechtzeitig getroffen werden können. Hierbei muß ich mir nach den Richtlinien der Verdingungsordnung für Leistungen und Lieferungen (VOL) vorbehalten, auch mit anderen, nicht von den Behörden vorgeschlagenen Firmen, Liefervereinbarungen zu treffen. Sofern Sie bis zum 30. 1. 1959 keine Bedarfspläne erhalten haben, wollen Sie die erforderliche Zahl umgehend bei mir anfordern.

Nach Abschluß der Vertragsverhandlungen erhalten Sie die dritte Ausfertigung des Brennstoff-Bedarfsplans mit einem Bestätigungsvermerk versehen zurück. Die zweite Ausfertigung wird als Auftrag der Lieferfirma übersandt. Die erste Ausfertigung verbleibt zunächst bei mir.

Wiesbaden, 19. 12. 1958

Landesbeschaffungsstelle Hessen
II — Br./allg.

St.Anz. 1/1959 S. 3

11

Vorprüfungsordnung für das Land Hessen (VPOH)

Die Vorprüfungsordnung für das Land Hessen (VPOH) vom 5. Februar 1955 (St.Anz. 1955 S. 176 ff.) in der Fassung meines Erlasses vom 7. August 1956, H 3104 — IIIa/91, (St.Anz. 1956 S. 863) wird wie folgt ergänzt:

Dem § 2 Abs. 1 ist folgender Unterteil anzufügen:

„f) die Kostenprüfungsbeamten — Bezirksrevisoren — bei dem Landesarbeitsgericht und bei dem Landessozialgericht“

§ 2 Abs. 3 Buchst. d erhält folgende Fassung:

„d) die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter Darmstadt, Kassel und Wiesbaden für die von den übrigen Landeskassen (Staatsoberkassen, Staatskassen, Amtskassen und Anstaltskassen) gelegten Rechnungen, soweit nicht die darin nachgewiesenen, von Behörden der Arbeitsgerichtsverwaltung und der Sozialgerichtsverwaltung angeordneten Einnahmen und Ausgaben bestimmungsgemäß durch einen Bezirksrevisor zu prüfen sind.“

Wiesbaden, 16. 12. 1958

Der Hessische Minister der Finanzen
H 3104 — IIIa/91

St.Anz. 1/1959 S. 3

12

Lohnzulagen für Kraftfahrer

Bezug: Artikel 1 Nr. 6 des Tarifvertrages vom 29. April 1958 (St.Anz. S. 524)

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr am 1. Dezember 1958 einen Tarifvertrag abgeschlossen, durch den die ADO Nr. 7 zum Lohngruppenverzeichnis (Anlage 2) der TOB geändert wird. Diese Änderung zugunsten der Kraftfahrer hat auch eine entsprechende Änderung des Lohngruppenaufbaues für Kraftwagenführer und Kraftradführer der Anlage 2 — Lohngruppenverzeichnis — des HLT erforderlich gemacht. Nachstehend gebe ich den am 1. Januar 1959 in Kraft tretenden Tarifvertrag mit der Bitte um Beachtung bekannt.

Zur Anwendung des Tarifvertrages weise ich auf folgendes hin:

1. Die Nr. 2 Abs. 2 des Lohngruppenaufbaues für Kraftwagenführer und Kraftradführer ist so geändert worden, daß die in die Lohngruppe V eingereihten Kraftfahrer zusammen mit der Zulage nach Nr. 4 aaO Zulagen in der gleichen Höhe wie beim Bund und den übrigen Ländern erhalten.
2. Durch die Änderung der Nr. 4 Abs. 3 des vorgenannten Lohngruppenaufbaues wird sichergestellt, daß wie beim Bund und den übrigen Ländern auch die Fahrer von Elektrofahrzeugen und Elektrokarren unter den im Tarifvertrag genannten Voraussetzungen die Zulage von 10 Pfennig zum Stundenlohn erhalten. An Fahrer von nicht zum öffentlichen Verkehr zugelassenen Elektrofahrzeugen und Elektrokarren kann die Zulage auch weiterhin nicht gezahlt werden.

Wiesbaden, 16. 12. 1958

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2208 A — 5 — I 41

*

St.Anz. 1/1959 S. 3

Tarifvertrag vom 1. Dezember 1958

Zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes, und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — wird folgendes vereinbart:

§ 1

Die Nr. 7 der ADO zum Lohngruppenverzeichnis (Anlage 2) der TOB ist in nachstehender Fassung anzuwenden:

„Führer von Kraftwagen mit Verbrennungsmotoren ohne handwerksmäßige Vorbildung erhalten zum Stundenlohn der Lohngruppe B einen Zuschlag von 20 Dpf. Für Kraftwagenführer, die länger als 1 Jahr als solche tätig waren, erhöht sich der Stundenlohn um weitere 5 Dpf. Durch diese Erhöhung darf der Stundenlohn der Lohngruppe A nicht überschritten werden.“

Den Kraftwagen mit Verbrennungsmotoren stehen für diese Bestimmung Elektrofahrzeuge und Elektrokarren gleich, sofern sie nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 29. März 1956 (BGBl. I S. 271) mit amtlichen Kennzeichen zum Verkehr zugelassen sind und überwiegend außerhalb der Beschäftigungsdienststellen im öffentlichen Verkehr eingesetzt werden.“

§ 2

In der Anlage 2 — Lohngruppenverzeichnis — des Lohn- tarifes für die Arbeiter des Landes Hessen (HLT-L) in der vom 1. September 1958 an geltenden Fassung wird der Lohn- gruppenaufbau für Kraftwagenführer und Krafttradführer wie folgt geändert:

1. Nr. 2 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„Daneben erhalten sie eine Zulage von 10 Dpf. je Stunde, die sich nach einjähriger Berufstätigkeit auf 15 Dpf. er- höht. Der Stundenlohn der Lohngruppe III darf nicht überschritten werden.“

2. Nr. 4 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Elektrofahrzeuge und Elektrokarren rechnen nur zu den Kraftfahrzeugen, sofern sie nach der Straßenverkehrs- Zulassungsordnung vom 29. März 1956 (BGBl. I S. 271) mit amtlichen Kennzeichen zum Verkehr zugelassen sind und überwiegend außerhalb der Beschäftigungsdienststellen im öffentlichen Verkehr eingesetzt werden.“

§ 3

Es werden aufgehoben:

1. § 5 des Länderlohntarifvertrages Nr. 5 vom 21. April 1958,
2. der Tarifvertrag der Freien Hansestadt Bremen vom 1. Juni 1957,
3. Art. 1 Nr. 6 des hessischen Lohn tariffvertrages vom 29. April 1958.

§ 4

Dieser Tarifvertrag gilt nicht für die Arbeiter des Landes Berlin, der Freien und Hansestadt Hamburg sowie des Saar- landes.

§ 5

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1959 in Kraft. Er tritt mit Inkrafttreten des nach § 21 des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder (MT-L) vorgesehenen Abkommens außer Kraft.

Bonn, den 1. Dezember 1958

Für die Tarifgemeinschaft deutscher Länder
Der Vorsitzende des Vorstandes
In Vertretung
gez. Eberhard
Für die Gewerkschaft Öffentliche Dienste,
Transport und Verkehr — Hauptvorstand —
gez. Langhans

14

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

Bewertungsergebnisse über Nachträge, Ergänzungen und Änderungen im Anschluß an die Bewertungsergebnisse der 171. Bewertungssitzung

Filmtitel	Prüf- Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungs- land	Verleiher	Kate- gorie	Prä- di- kat	Gültig- keit bis*	Antrags- eengang am*	Prüf- Nr. d. FSK**
Nachtrag zur 163. Bewertungssitzung am 18., 19. und 20. August 1958										
Wundersame Wiederkehr — Farbfilm —	4522	285	Wolfgang Gortler Film, Bad Tölz	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	13. 5. 1958	17669
zur 164. Bewertungssitzung am 25., 26. und 27. August 1958										
Wochenend in Tanger	4416	293	Regina-Film GmbH., München	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	9. 7. 1958	17460
zur 168. Bewertungssitzung am 18., 19. und 20. September 1958										
einsame Fräulein von Rüschaus, Das	4663	294	Türk-Film Walter C. Türk Düsseldorf	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	16. 7. 1958	17803
Ergänzung zur 127. Bewertungssitzung am 3., 4. und 5. Juni 1957 — Verleiher —										
Kalkstein und Kalk	3696	474	Korporation Film Schmücker & Co., Berlin	Deutschland	Prisma Filmverleih GmbH., Frankfurt/Main	D	W	—	—	13622
zur 148. Bewertungssitzung am 16., 17. und 18. Januar 1958 — Verleiher —										
Frischer Wind auf schnellen Booten — Farbfilm —	3990	347	Boehner-Film Fritz Boehner, Erlangen	Deutschland	J. Arthur Rank Film GmbH., Hamburg	D	W	31. 12. 1963	24. 9. 1957	15531
zur 149. Bewertungssitzung am 30. und 31. Januar und 1. Februar 1958 — Verleiher —										
Franken im Spiegel seiner Kunst — Farbfilm —	4210	327	Film-Studio Walter Leckebusch, München	Deutschland	Columbia Filmgesellschaft, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	10. 1. 1958	14216
zur 153. Bewertungssitzung am 9. und 10. April 1958 — Verleiher —										
Araschi Gambi-Ling — Hoffnung auf Morgen — SF — (THE HAVEN)	4197	385	United States Information Agency, Washington	USA	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	D	W	31. 12. 1963	4. 1. 1958	16125
Navajo-Indianer, Die — SF — (NAVAJO ADVENTURES)	4219	540	Walt Disney Productions, Burbank/Calif.	USA	UFA-Filmverleih GmbH., München	K	W	31. 12. 1963	15. 1. 1958	16240
zur 151. Bewertungssitzung am 20., 21. und 22. Februar 1958 — Verleiher — (veröffentlicht als Nachtrag zur 156. Bewertungssitzung)										
Stromauf — Stromab	4235	348	Michael Derenburg Filmproduktion, Berlin	Deutschland	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	18. 1. 1958	16201

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prä-dikat	Gültigkeit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
zur 152. Bewertungssitzung am 11., 12., 13. und 14. März 1958 — Verleiher —										
Historisches Land an der Weichsel	4154	362	Leo de Laforge-Filmproduktion, Berlin	Deutschland	Müller-Film-Verleih, Frankfurt/M.	D	W	31. 12. 1963	10. 12. 1957	15712
Nun sind wir frei — SF — (NOW WE ARE FREE)	4326	428	United States Information Agency, Washington	USA	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	D	W	31. 12. 1963	3. 3. 1958	16531
zur 155. Bewertungssitzung am 21. und 22. April 1958 — Verleiher —										
Altes und Neues am Nil	4457	273	HGP-Filmgesellschaft KG., Berlin	Deutschland	Neue Filmverleih GmbH., München	K	W	31. 12. 1963	3. 4. 1958	16408
zur 156. Bewertungssitzung am 28. 29. und 30. April 1958 — Verleiher —										
Küken kommt zur Welt, Ein — SF — (ROZWOJ ZARODKA PTAKA) — Farbfilm —	4241	256	Wytownia Filmow Oswyato-wych, Lodz	Polen	Lehmacher-Film GmbH., Düsseldorf	K	W	31. 12. 1963	23. 1. 1958	15691
zur 159. Bewertungssitzung am 9. und 10. Juni 1958 — Verleiher —										
Bericht einer Reise — Farbfilm —	4384	291	Dr. H. J. Hoßfeld, Köln	Deutschland	Deutsche Film Hansa GmbH. & Co., Hamburg	K	W	31. 12. 1963	25. 3. 1958	17193
Bücher für Jeden — SF — (BOOKS FOR EVERYONE)	4517	419	United States Information Agency, Washington	USA	Columbia Filmgesellschaft, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	12. 5. 1958	17034
zur 160. Bewertungssitzung am 19., 20. und 21. Juni 1958 — Verleiher —										
Schicksal einer Oper	4590	285	Studio für Dokumentarfilm/Film-Studio Walter Leckebusch, München	Deutschland	Columbia Filmgesellschaft, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	16. 6. 1958	17147
Ergänzung zur 161. Bewertungssitzung am 23. und 24. Juni 1958 — Verleiher —										
Wald und Wild — Farbfilm —	4501	336	DEFA-Studio für populärwissenschaftliche Filme, Berlin	Sowjetische Bes.-Zone Deutschl.	Union Film Verleih, GmbH., München	K	W	31. 12. 1963	9. 5. 1958	17186
zur 164. Bewertungssitzung am 25., 26. und 27. August 1958 — Verleiher —										
alte Kapitän, Der — SF — (LE VIEUX CAPITAINE)	4643	427	Les Productions Paris, Paris	Frankreich	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	7. 7. 1958	17632
Echolote	4473	348	Nordisches Film-Studio, Bremen	Deutschland	Prisma Filmverleih GmbH., Frankfurt/Main	D	W	31. 12. 1963	30. 4. 1958	17628
Hauptwerk norddeutscher Schnitzkunst, Ein	4417	284	Teka-Film GmbH., Bremen	Deutschland	Metro-Goldwyn-Mayer Filmgesellschaft, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	10. 7. 1958	17535
Seltsames Kabinett	4638	260	Cortina-Filmproduktion, Berlin	Deutschland	Centfox-Film, Inc., Frankfurt/M.	K	W	31. 12. 1963	3. 7. 1958	17568
Silberne Brücke, Die — Farbfilm —	4654	386	Filmproduktion Heinz Sasse, München	Deutschland	Paramount Films of Germany, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	14. 7. 1958	17490
zur 165. Bewertungssitzung am 1., 2. und 3. September 1958 — Verleiher —										
Rosen und Nelken — Farbfilm —	4674	270	John L. Rees, Stuttgart	Deutschland	Universal Filmverleih, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	18. 7. 1958	17627
Wild in Wintersnot — Farbfilm —	4726	280	Teka-Film GmbH., Bremen	Deutschland	Europa-Filmverleih GmbH., Hamburg	K	W	31. 12. 1963	6. 8. 1958	17608
zur 167. Bewertungssitzung am 16. und 17. September 1958 — Verleiher —										
Im Spiegel der Schönheit — Farbfilm —	4709	303	Universum-Film AG., Abt. UFA-Werbefilm, Berlin	Deutschland	UFA-Filmverleih GmbH., München	K	W	31. 12. 1963	31. 7. 1958	17621
zur 169. Bewertungssitzung am 30. September, 1. und 2. Oktober 1958 — Verleiher —										
Totenküste	4812	321	Arcadia-Film, Neuß/Rhein	Deutschland	Europa-Filmverleih GmbH., Hamburg	K	W	31. 12. 1963	2. 9. 1958	18026
zur 170. Bewertungssitzung am 22., 23. und 24. Oktober 1958 — Verleiher —										
Tod von Imre Nagy — SF — (THE DEATH OF IMRE NAGY)	4885	291	United States Information Service, Washington	USA	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	D	W	31. 12. 1963	29. 9. 1958	18202
Änderung zur 36. Bewertungssitzung am 19. und 20. März 1953 — neuer Verleiher —										
Panta Rhei — SF — (PANTA RHEI)	921	283	Filmproduktion Piet van Mooock, Amsterdam	Niederlande	Neue Filmkunst Walter Kirchner, Göttingen	K	BW	—	—	5807

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
zur 74. Bewertungssitzung am 4. 5. und 6. Mai 1955 — neuer Verleiher —										
Auf dem Dach der Welt	1965	253	Palme Film Produktion E. Palme, Berlin	Deutschland	Lehmacher-Film GmbH., Düsseldorf	D	W	—	—	9813-b
Kumbun, die Tempelstadt der Lamas	1967	265	Palme Film Produktion E. Palme, Berlin	Deutschland	Lehmacher-Film GmbH., Düsseldorf	D	W	—	—	9814-a
Nepal, Startplatz zum Himalaja	1968	302	Palme Film Produktion E. Palme, Berlin	Deutschland	Lehmacher-Film GmbH., Düsseldorf	D	W	—	—	9816-a
Tibetisches Butterfest	1966	336	Palme Film-Produktion E. Palme, Berlin	Deutschland	Lehmacher-Film GmbH., Düsseldorf	D	W	—	—	9823-a
zur XXIII. Hauptausschußsitzung am 19. Oktober 1955 — neuer Verleiher —										
Haie am Netz	2242	277	Herona-Film, Stuttgart	Deutschland	Aicron-Film Verleih u. Vertrieb, München	D	W	—	—	10592
zur 111. Bewertungssitzung am 19. und 20. November 1956 — neuer Verleiher —										
Entfesselte Jugend — SF — (CRIME IN THE STREETS)	3170	2469	Allied Artists Pictures Corporation, Hollywood/Calif.	USA	Austria-Filmverleih GmbH., München	S	W	—	—	13014-b
zur XXXIV. Hauptausschußsitzung am 31. Januar und 1. Februar 1957 — neuer Verleiher —										
Thunfisch-Treibjagd im Mittelmeer — SF — (TEMPO DI TONNI) — Cinépanoramic-Farbfilm —	2763	340	Istituto Naz. Luce, Rom	Italien	Constantin-Filmverleih GmbH., München	K	BW	—	—	13174-a
Änderung zur XLVII. Hauptausschußsitzung am 2. und 3. Juni 1958 — Titel — (deutscher Titel)										
Premiere — SF — (PREMIJERA) — Zeichenrick-Farbfilm — ohne Kommentar —	3813	275	Zagreb-Film, Zagreb	Jugoslawien	Constantin-Filmverleih GmbH., München	K	BW	31. 12. 1963	25. 2. 1958	16561
zur 163. Bewertungssitzung am 18., 19. und 20. August 1958 — neue Länge —										
Meine Frau, die Hexe — SF — (I MARRIED A WITCH) — mit deutschen Untertiteln —	4634	2102	United Artists Productions, Inc., Hollywood/Calif.	USA	Neue Filmkunst Walter Kirchner, Göttingen	S	W	—	1. 7. 1958	B 306
zur 33. Bewertungssitzung am 14., 15. und 16. Januar 1953 — neuer Verleiher —										
Vom Chamäleon des Meeres	819	323	Roto-Film GmbH., Hamburg	Deutschland	Iltis-Film, Frankfurt/Main	K	W	—	—	5454-a
Nachtrag zur 168. Bewertungssitzung am 18., 19. und 20. September 1958										
Ballone — Farbfilm —	4635	320	IMAGO, Film- u. Fernsehproduktion Dr. Martin Ulmer, München	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	2. 7. 1958	17927

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

Erläuterungen:

- * Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern (Regelung gem. Abschnitt III — Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957.
- ** Unter den hier aufgezählten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

Wiesbaden-Biebrich, den 6. 11. 1958

St.Anz. 1/1959 S. 4

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

15 Bewertungsergebnisse über die LI. Hauptausschußsitzung am 4. Oktober 1958

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
Spielfilme										
Mädchen in Uniform — Farbfilm —	4700	2600	CCC-Film Artur Brauner, Berlin	Deutschland	Gloria-Filmverleih GmbH., München	S	W	—	29. 7. 1958	17414

Als Tag der Bewertung gilt der 4. Oktober 1958

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

Erläuterungen:

- * Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern (Regelung gem. Abschnitt III — Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957.
- ** Unter den hier aufgezählten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

Wiesbaden-Biebrich, den 6. 10. 1958

St.Anz. 1/1959 S. 6

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

16**Errichtung der Pfarrkuratie Brensbach, Kreis Dieburg**

Mit Wirkung vom 15. Dezember 1958 wird das Pfarrrektorat Brensbach (Mutterpfarrei Groß-Zimmern) zur Pfarrkuratie Brensbach erhoben.

Die Pfarrkuratie Brensbach umfaßt folgende Gemeinden und Gemarkungen, die von den Pfarreien Lindenfels und Neustadt abgetrennt werden:

1. Brensbach, Kreis Dieburg, bisher Pfarrei Lindenfels (Dekanat Bensheim),
2. Wersau (einschließlich Bienbach), Kreis Dieburg, bisher Pfarrei Lindenfels (Dekanat Bensheim),

3. Affhöllerbach (Stierbach ausgenommen), Kreis Erbach, bisher Pfarrei Lindenfels (Dekanat Bensheim),
4. Höllenbach, Kreis Erbach, seither Pfarrei Neustadt (Dekanat Erbach),
5. Wallbach, Kreis Erbach, seither Pfarrei Neustadt (Dekanat Erbach).

Die Kapelle in Brensbach wird zur Pfarrkuratiekirche erhoben. Die Pfarrkuratie Brensbach gehört zum Dekanat Dieburg. Wiesbaden, 18. 12. 1958

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
VI/5—883/21-58

St.Anz. 1/1959 S. 7

17**Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr****Begriff der Spareinlage nach § 22 KWG**

Im Interesse einer klaren Abgrenzung des Begriffs der Spareinlage nach § 22 des Gesetzes über das Kreditwesen wird Abschnitt I Nr. 1 der Stellungnahme des Reichsaufsichtsamts für das Kreditwesen vom 3. 8. 1940 (15444/40 V) wie folgt geändert:

„I. Zu § 22 KWG

1. Zu § 22 Abs. 1:

Mit dem Begriff der Spareinlage ist es unvereinbar, daß Gehalts-, Pensions- oder Rentenzahlungen über Sparkonto geführt werden.

Eine zeitlich von vornherein begrenzte Hereinnahme von Geldern als Spareinlagen verstößt gegen § 22 Abs. 1 KWG. Gelder von Wirtschaftsunternehmen dürfen nur dann als Spareinlagen hereingenommen werden, wenn sie Anlagecharakter haben, Gelder von juristischen Personen des öffentlichen Rechts nur dann, wenn es sich um Vermögensanlagen, insbesondere um Rücklagen handelt.“

Wiesbaden, 15. 12. 1958 **Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr**
WiH 4 — 2100 — A 2
St.Anz. 1/1959 S. 7

18**Dritte Bekanntmachung über die Festsetzung des Wertes der Sachbezüge nach § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung**

Auf Grund des § 160 RVO in der Fassung des Art. 3 § 4 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. 2. 1957 (BGBl. I S. 45) wird folgendes bestimmt:

Die mit der Zweiten Bekanntmachung über die Festsetzung des Wertes der Sachbezüge nach § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung vom 18. 12. 1957 (St.Anz. 1957 Nr. 1321 S. 1345) für das Kalenderjahr 1958 festgesetzten Werte der Sachbezüge gelten für das Kalenderjahr 1959 weiter.

Wiesbaden, 10. 12. 1958

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
A II 54 a 112.2 — 3407/58

St.Anz. 1/1959 S. 7

19**DARMSTADT****Regierungspräsidenten****Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises**

Der auf den Namen Lore Janke, Verwaltungsangestellte, ausgestellte Dienstausweis Nr. 48/55 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Darmstadt, 17. 12. 1958

Der Regierungspräsident
P 1 — 5 e 12/19
St.Anz. 1/1959 S. 7

21**Ungültigkeitserklärung von Bescheiden über die Registrierung als Evakuierter**

Die Registrierbescheide nachstehend aufgeführter Evakuierter werden für ungültig erklärt:

Löwer, Heinrich, wohnhaft in Lenderscheid, Haus Nr. 37 (Krs. Ziegenhain), Reg.Nr. 06/06212/3210-3-4, ausgestellt am 16. September 1954 in Kassel;

Ulrich, Heinz, wohnhaft in Mühlheim/Main, Alter Frankfurter Weg 58, Reg.Nr. 06/06212/5485-3-4-5-6-7, ausgestellt am 18. August 1955 in Kassel;

Schmidt, Elly, wohnhaft in Sand, Kurze Straße 3, Reg.Nr. 06/06212/1440-2-6, ausgestellt am 5. Juli 1954 in Kassel;

Günge Friedrich, wohnhaft in Frankfurt/Main, Leibnizstraße 13, Reg.Nr. 03/06212/3888-3-4-6, ausgestellt am 22. Februar 1955 in Kassel;

Toschek, Hermann, wohnhaft in Kirchhof, Krs. Melsungen, Reg.-Nr. 06/06212/5313-3-4-6-5-7, ausgestellt am 6. Juli 1955 in Kassel;

Weber, Oskar, wohnhaft in Dortmund, Kohlgartenstr. 17, Reg.Nr. 06/06212/2374-3-4-5-7-9, ausgestellt am 14. August 1954 in Kassel;

Bernius, Luise, wohnhaft in Lohfelden, Friedrich-Ebert-Straße 36, Reg.Nr. 06/06212/3837-2, ausgestellt am 11. Mai 1955 in Kassel;

Baumgärtel, Alfred, wohnhaft in Offenbach/Main, Gabelsbergerstr. 19, Reg.-Nr. 06/06212/5060-3-4-5-7, ausgestellt am 19. September 1955 in Kassel;

20**KASSEL****Zuständigkeitsänderung auf dem Gebiet des Fleischbeschauwesens**

Die nach § 7 Absatz 5 des Fleischbeschaugesetzes in der Fassung vom 29. 10. 1940 (RGBl. I S. 1463) in Verbindung mit § 30 der Verordnung über die Durchführung des Fleischbeschaugesetzes vom 1. 11. 1940 (RMBl. S. 289) und § 59 der Ausführungsbestimmungen A über die Untersuchung und gesundheitspolizeiliche Behandlung der Schlachttiere und des Fleisches bei Schlachtungen im Inland vom 1. 11. 1940 (RMBl. S. 289, 296) den Ortspolizeibehörden zustehende Befugnis, Anordnungen über die Konfiskatbeseitigung zu treffen, übertrage ich auf Grund der mir in § 31 Absatz 1 DVO zum Fleischbeschaugesetz erteilten Ermächtigung an die Landräte des Regierungsbezirks Kassel als Behörden der Landesverwaltung.

Kassel, 24. 11. 1958

Der Regierungspräsident
I/10 Az.: 19 d 04
St.Anz. 1/1959 S. 7

Jünger, Elisabeth, wohnhaft in Wilhelmshaven, Bismarckstraße 25, Reg.Nr. 06/06212/3273-3-4, ausgestellt am 13. Oktober 1954 in Kassel;

Gudtner, Eduard, wohnhaft in Wolfhagen, Schützenberger Straße 23, Reg.Nr. 06/06212/2416-3-4-6-5, ausgestellt am 29. Juli 1954 in Kassel;

Haase, Ferdinand, wohnhaft in Wettelingen, Krs. Wolfhagen, Hohentorstr. 96, Reg.Nr. 06/06212/3756-3-4-6-w, ausgestellt am 7. Oktober 1954 in Kassel;

Itter, Heinrich, wohnhaft in Ruppertsburg, Krs. Gießen, Reg.Nr. 06/06212/4028-3-4-6, ausgestellt am 27. September 1954 in Kassel;

Sippe, Albin, wohnhaft in Heiligenrode, Krs. Kassel, Gasthaus „Lindenhof“, Reg.-Nr. 06/06212/1544-3-4-6-m, ausgestellt am 5. Juli 1954 in Kassel;

Zinsser, Werner, wohnhaft in Hemmen, Krs. Lauterbach, Haus Nr. 28, Reg.Nr. 06/06212/5917-3-4-5-m-n, ausgestellt am 25. September 1957 in Kassel;

Scherneck, Ernst, wohnhaft in Hameln/Weser, Reimerdaskamp 5, Reg.Nr. 06/06212/5902-3-4-5-6, ausgestellt am 11. Juni 1957 in Kassel;

Hartmann, Friedrich, wohnhaft in Bad Orb, Kurhaus-Hotel, Reg.Nr. 06/06212/1843-3-4-6-8, ausgestellt am 17. Juli 1954 in Kassel;

Schumacher, Ernst, wohnhaft in Frankfurt-Unterliederbach, Rugierstr. 4, Reg.Nr. 06/06212-3-4-5-7, ausgestellt am 11. Oktober 1954 in Kassel.

Kassel, 18. 11. 1958

Der Regierungspräsident

I/5 Az. 58 a 04/03

St.Anz. 1/1959 S. 7

22 WIESBADEN

Ungültigkeitserklärung von Bescheiden über die Registrierung Evakuierter

Die Registrierbescheide nachstehend aufgeführter Evakuierter werden für ungültig erklärt:

Leonard, geb. Neuer, Frieda, geb. 25. 7. 1893, wohnhaft: Pfungstadt, Eberstädter Straße 5, jetzt: Eberbach/Neckar, Adalbert-Stifter-Straße 4, Reg.-Bescheid der Stadt Frankfurt/M. vom 17. 3. 1955 — 06/06311/7952;

Buchbesprechungen

Beihilfenverordnung, Unterstützungsgrundsätze, Vorschubrichtlinien, Landeskommentar Hessen, Verfasser W. Schröder und O. Beckmann, 1958. 303 Seiten, Halbleinen, DIN A 5, Preis DM 19,-, Moll-Verlag, Stuttgart-N.

Ermächtigt durch § 152 a des Hessischen Beamtengesetzes hat die Landesregierung das Beihilfenrecht durch Rechtsverordnung vom 1. Juli 1958 neu geordnet. Schröder-Beckmann haben nun den ersten Kommentar vorgelegt und außerdem auch in Hessen gültige weitere Sozialleistungen für den öffentlichen Dienst in klarer und überzeugender Darstellung erläutert.

Die sonst angebrachte Zurückhaltung gegenüber Kommentaren über Landesrecht von Fachleuten, die nicht im Lande angestellt sind oder waren, ist in diesem Falle nicht begründet. Es handelt sich um eine sehr eingehende und wohlüberdachte Kommentierung, die als vollständig bezeichnet werden kann und für die Praxis in jedem Falle eine wertvolle Hilfe ist. Die überwiegenden Zitate von Verwaltungsvorschriften des Bundesministers der Finanzen stören nicht, weil es sich um Zitate von grundsätzlichen Bestimmungen handelt, die im Beihilfenrecht von Bund und Ländern übereinstimmen. Die Erläuterungen befassen sich so gut wie mit allen nur denkbaren Tatbeständen und Rechtsfragen. Selbst die Frage der Hormonbehandlung bei Haarausfall durch ein Kosmetisches Institut ist durch das Zitat eines Erlasses des Bundesministers der Finanzen bis ins Einzelne behandelt. Es ist ein Kommentar für den Praktiker. Auch wenn im Einzelfall gelegentlich der eine oder andere hessische Erlaß nicht erwähnt ist, ist das kein Mangel, weil das Beihilfenrecht in dieser Form sowieso Neues enthält, das ständig durch Verwaltungsvorschriften auszuliegen und zu ergänzen sein wird.

Die Erläuterungen zu Teil 2 und Teil 3, den Unterstützungsgrundsätzen und Vorschubrichtlinien, sind ebenfalls erschöpfend dargestellt und für die Praxis besonders deshalb geeignet, weil sie wesentlich strenger und übersichtlicher gefaßt sind als in anderen Kommentaren. Der Anhang enthält die für jeden Besoldungsfachmann notwendigen Unterlagen, wie ein Heilbäderverzeichnis, die Regelung für Beihilfen und Unterstützungen nach § 56 G 131, die Unterstützungsgrundsätze für dienstunfähige Arbeiter und Angestellte der ehemaligen Heeres- und der Marineverwaltung, Regelungen über Hilfsmittel nach dem Bundesversorgungsgesetz, Richtlinien über die Gewährung von Darlehen an Beamte und Angestellte zur Beschaffung von beamten-

Notshelfer, Max, geb. 19. 9. 1897, wohnhaft: Messkirch/Baden, Hauptstraße 21, jetzt: Singen/Hohentwiel, Schwarzwaldstraße 3, Reg.-Bescheid der Stadt Frankfurt/M., vom 10. 7. 54 — 08/06311/1122 — 26;

Strauch, Ernst, geb. 13. 5. 1908, wohnhaft: Forstinning/Obb., Haus Nr. 2, Reg.-Bescheid der Stadt Frankfurt/M., vom 20. 7. 1955 — 09/06311/10930 — 34;

Diehl, Rudolf, geb. 19. 1. 1914, wohnhaft: Raboldshausen, Kreis Fritzlar, jetzt: Kriftel/Ts., Hofheimer Straße 8. Die Erstaussfertigung des Registrierbescheides der Stadt Frankfurt/M. vom 8. 7. 1954 — 06/06311/1037 — 39;

Ehnes, Friedrich, wohnhaft: Rothenburg/Mfr., Schlachthofstraße 13 b. Die Erstaussfertigung des Registrierbescheides der Stadt Frankfurt/M. vom 7. 12. 1954 — 09/06311/4507 — 13.

Wiesbaden, 5. 12. 1958

Der Regierungspräsident

I 4 — 58 g 02

St.Anz. 1/1959 S. 8

23

Ungültigkeitserklärung einer Bescheinigung gemäß § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG)

Die Erstaussfertigung der Bescheinigung gemäß § 10 Abs. 4 HHG des Hans Klöde, geb. am 12. 2. 1927 in Dresden, wohnhaft in Steinheim/Main, Kirchstraße 5, ausgestellt vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden — Flüchtlingsdienst — am 26. April 1957, wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 10. 12. 1958

Der Regierungspräsident

I 4 — 58 c 12-21/Nr. 979

*

Die Erstaussfertigung der Bescheinigung gemäß § 10 Abs. 4 HHG des verstorbenen Conrad Ziegenbalg, geb. 13. 6. 1889 in Dresden, wohnhaft gewesen in Vockenhausen/Ts., ausgestellt vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden — Flüchtlingsdienst — am 19. April 1956, wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 10. 12. 1958

Der Regierungspräsident

I 4 — 58 c 12-21/Nr. 488

St.Anz. 1/1959 S. 8

eigenen Kraftfahrzeugen, die Preugo, das Heilpraktikergesetz, das Gesetz über die Ausübung der Zahnheilkunde und das Krankenpflegegesetz.

Besonders lobend ist das Sachregister zu erwähnen, das für eine erste Auflage sich durch Vollständigkeit auszeichnet. Das nicht gerade billige Werk wäre sicherlich in einem festeren Einband zu liefern gewesen, ohne daß sich der Preis wesentlich erhöht hätte. Dieser äußere Mangel beeinträchtigt aber nicht die ausgezeichnete Leistung der Verfasser.

Ministerialrat Maneck

Eherecht. Textausgabe mit Anmerkungen von Ernst Peters, Oberregierungsrat a. D. 3. Auflage, 1958, 252 S., DM 9,60. Verlag für Standesamtswesen, Frankfurt/Main.

Die Textausgabe, die von einem der besten Kenner des Personenstandsrechts bearbeitet wurde und in erster Linie für die Standesämter bestimmt ist, liegt nunmehr in 3. Auflage vor. Gegenüber der vorhergehenden Auflage, die in StAnz. 1956 S. 905 besprochen wurde, hat Peters insofern eine Beschränkung des Stoffes vorgenommen, als er auf die Aufnahme verschiedener älterer Vorschriften, die heute kaum mehr von praktischer Bedeutung sind, verzichtet hat. Das Werk ist dadurch auch äußerlich handlicher geworden. Alle wesentlichen Bestimmungen sind jedoch im Wortlaut aufgenommen. Dies gilt vor allem für das Ehegesetz in der Fassung des Gleichberechtigungsgesetzes sowie die noch geltenden Durchführungsverordnungen. Ferner sind enthalten die Bundesgesetze über die Anerkennung freier Ehen rassistisch und politisch verfolgt vom 23. 6. 1950, über die Anerkennung von Nottrauungen vom 2. 12. 1950 und über die Rechtswirkungen des Anspruchs einer nachträglichen Eheschließung vom 29. 3. 1951. Auch die gesetzlichen Vorschriften zur Regelung der Rechtsverhältnisse heimatischer Ausländer sowie verschleppter Personen und Flüchtlinge sind vollständig wiedergegeben. Auszüge aus dem BGB, der ZPO, dem Personenstandsgesetz und dem Staatsangehörigkeitsrecht, soweit sie mit dem Eherecht in Zusammenhang stehen, vervollständigen die Sammlung. Im Anhang sind schließlich die Überleitungsrichtlinien für das Saarland und die Verordnung der Sowjetzone über Eheschließung und Eheauflösung angeführt. Eine Reihe von Anmerkungen und Hinweisen dienen zum Verständnis des Textes und zur Unterrichtung über die für die standesamtliche Praxis wichtige Literatur.

Oberregierungsrat Dr. Hoffmann

Öffentlicher Anzeiger ZUM „STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN“

1959

Samstag, den 3. Januar 1959

Nr. 1

Veröffentlichungen

1

Baulandumlegung in dem Gebiet Odenwaldstraße Spessartstraße in Bensheim

Für den obigen Umliegungsabschnitt liegt der Verteilungsplan nebst Karte vor. Termin zur Verhandlung hierüber wird auf

Montag, 26. 1. 1959, nachmittags 15.30 Uhr, auf Zimmer 211 des Rathauses

anberaumt. Die Beteiligten werden hierdurch zur Teilnahme aufgefordert. Beim Ausbleiben von Beteiligten kann über den Verteilungsplan ohne ihre Teilnahme verhandelt und beschlossen werden.

Bensheim, 19. 12. 1958

**Der Magistrat
der Stadt Bensheim
Umliegungsbehörde**

2

Einziehung einer Grabenparzelle in Offenbach (Dillkreis)

Gemäß Beschluß der Gemeindevertretung vom 28. August 1958 soll ein Teilstück der Grabenparzelle Nr. 191 in Flur 5 und zwar von der Parzelle 76 bis zur Einmündung in den Entwässerungsgraben Nr. 192 eingezogen werden, da ein öffentliches Bedürfnis für seine Beibehaltung nicht mehr besteht.

Gemäß § 57 des Preuß. Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wird dieses Vorhaben hiermit veröffentlicht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb vier Wochen bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Offenbach (Dillkreis), 19. 12. 1958

Der Gemeindevorstand

3

Einziehung von öffentlichen Wegen und Gräben in der Gemarkung Wickersrode

Die in der Gemarkung Wickersrode gelegenen Wege, Flur 11, Parzelle 50, 49, 48 und 55 sowie der Graben Parzelle 64 und 65, sollen teilweise eingezogen werden. Da ein öffentliches Bedürfnis für die Beibehaltung der Wege und Gräben nicht mehr besteht.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883, wird dieses Vorhaben hiermit veröffentlicht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb 4 Wochen, vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Der Plan über die zur Einziehung vorgesehenen Wege und Gräben liegt zu jedermanns Einsicht im Bürgermeisteramt Wickersrode aus.

Wickersrode, 23. 12. 1958

**Der Bürgermeister als
Wegeaufsichtsbehörde
Döring**

Gerichtsangelegenheiten

4

Aufgebote

F 7/57: Durch Urteil vom 26. November 1958 sind die Eigentümer der Grundstücke, eingetragen im Grundbuch von Gudensberg a) Blatt 1535, früher Artikel 612, Flur 19, Flurstück 77 = 68 qm, zu dem ideellen Viertel des Miteigentümers Daniel Kolbe, b) Blatt 1445, früher Artikel 663, sämtlich Flur 19, Flurstück 457/57 mit 1,24 Ar, 76 mit 0,47 Ar und 523/371 mit 0,06 Ar zu den beiden ideellen Hälften der Eheleute Weißbinder Daniel Kolbe und Katharina, geb. Schmidt mit ihren Rechten ausgeschlossen worden.

Frizlar, 18. 12. 1958

Amtsgericht

5

2 F 14/58: Der Landwirt Peter Keim, Schiffelbach, Krs. Marburg (Lahn) — vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Steinmeyer, Gemünden/W. — hält das Aufgebot zur Ausschließung der im Grundbuch von Gemünden (Wohra) Blatt 691, eingetragenen Eigentümers des Grundstücks Gemarkung Gemünden Flur 31, Flurstück 270, Ackerland auf der Haard, Größe 24,77 Ar, des Landwirts Johannes Keim, Schiffelbach, beantragt.

Der Genannte sowie dessen Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf **Mittwoch, den 22. April 1959, 9 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls diese ausgeschlossen werden.

Kirchhain (Bez. Kassel), 18. 12. 1958

Amtsgericht

6

F 5/58: Der Landwirt Friedrich Rehberger in Gunzenau Kreis Lauterbach/H. hat gemäß § 927 BGB das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer des im Grundbuch von Gunzenau, Band 4 Blatt 148 verzeichneten Grundstücks: Flur 5 Nr. 96 Ackerland, der Obereichesacker 26,37 Ar, nämlich der Eheleute a) Landwirt Johannes Ruppel der Vierte in Gunzenau, b) Margarete Ruppel, geborene Schad, daselbst, beantragt. Die Vorgenannten oder deren Erben werden aufgefordert, spätestens in dem auf **Donnerstag, den 19. März 1959 v. 9 Uhr, Zimmer 22** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls Ausschließung erfolgen wird.

Lauterbach, 5. 12. 1958

Amtsgericht

7

8 F 4/58: 1. Die Johanna Emma Adams, geb. Pfortner, London SW 11, 187 A Latchmere Road, Lavender/Hill,

2. die minderj. a) Lothar Erich Pfortner, b) Manfred Geong Pfortner, c) Erwin Rup-

peru Pfortner, gesetzlich vertreten durch Lydia Anna Pfortner geb. Behn, Steinheim (Main), Bahnhofstr. 26,

haben das Aufgebot zum Zweck der Kraftloserklärung des Hypothekenbriefes für die im Grundbuch von Steinheim Band 32 Blatt 1584, Abs. III Nr. 1 eingetragene Hypothek über 3235,— Goldmark zugunsten der Hessischen Landeshypothekenbank AG. in Darmstadt, lastend auf dem Grundstück Flur 2 Nr. 499/1, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstr. 39, beantragt.

Eingetragene Eigentümer sind Eheleute Johann August Pfortner und Emma Dorothea geb. Kaiser.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf **Mittwoch, den 8. April 1959, vorm. 9 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht, Kaiserstraße 16, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Offenbach (Main), 5. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 8

8

Güterrechtsregister

GR 707: Die Eheleute Erich Hüllencrmer, Verwaltungsangestellter, Jugendheim, und Marianne, geb. Alte leben durch Erklärung vom 26. Juni 1958 in Gütertrennung.

Bensheim, 16. 12. 1958

Amtsgericht

GR 706: Die Eheleute Theodor Franz Schachner, Holzkaufmann, Bensheim, und Elise Frieda, geb. Plößer leben durch Erklärung vom 26. Juni 1958 in Gütertrennung.

Bensheim, 12. 12. 1958

Amtsgericht

GR 705: Die Eheleute Paul Karlfried Burkhart, Heppenheim, und Edith Luise Auguste, geb. Jegelka, leben durch Erklärung vom 30. Juni 1958 in Gütertrennung.

Bensheim, 12. 12. 1958

Amtsgericht

9

GR 57: Eheleute Fabrikant Karl-Hein Binzer und Erna Binzer, geb. Strothlüke, beide in Hatzfeld (Eder), Hauptstraße 65.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung. Auf Ersuchen des Amtsgerichts gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 eingetragen.

Battenberg (Eder), 18. 12. 1958

Amtsgericht Frankenberg,

Zweigstelle Battenberg (Eder)

10

Neueintragung

GR 70: Eheleute Mühlenbesitzer Paul Möhler und Maria, geb. Send, in Camberg (Taunus), Mühlweg 24.

Durch Vertrag vom 18. November 1958 ist die Verwaltung und Nutznießung des Mannes ausgeschlossen.

Camberg (Nassau), 17. 12. 1958

Amtsgericht Limburg (Lahn), Zweigstelle Camberg

11

6 GR 436 — 1. 12. 1958: Kaufmann Karl Heckmann und Gerda, geb. Sauer, Eschwege, Leuchtbergstraße 15.

Durch notariellen Ehevertrag vom 16. Oktober 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Eschwege, Abt. II.

12

GR 100: Die Eheleute Bundesbahngehilfe Johann Georg Finke und Magdalena, geb. Koch, in Kerstenhausen leben durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gem. Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 in Gütertrennung.

Fritzlar, 19. 12. 1958

Amtsgericht

13

GR 1017 — 19. 12. 1958: Veldung, Martin Karl Jakob, Kaufmann, Fulda, und Wilma Maria Theresia, geb. Schwarz.

Durch notariellen Ehevertrag vom 8. Dezember 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Fulda, Abt. 5

14

73 GR 8301 A: Chemiker Dr.-Ing. Ernst August Runne und Johanna Maria, geb. Spamer, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8302 A: Kunstmaler Horst Kränert und Waltraud, geb. Enkelmann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8303 A: Malermeister August Siefert und Elisabeth gen. Else, geb. Hümmerich, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8304 A: Kaufmann Ludwig Jost und Elisabeth, geb. Reininger, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8305 A: Architekt Otto Apel und Katharina, geb. Hottenrott, Bad Soden (Taunus).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8306 A: Kaufmann Paul Harsein und Karoline gen. Lina, geb. Müller, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8307 A: Kaufmann Willi Dörnfeld und Wilhelmine, geb. von der Schmidt, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8308 A: Buchdrucker Wilhelm Bauer und Irma, geb. Stoye, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8309 A: Diplomingenieur Herbert Christian und Ilse, geb. Wagner, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8310 A: Elektromeister Hermann Hauck und Anna, geb. Sauer, Hofheim (Taunus).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8311 A: Kaufman Josef Hermann Hörnig und Hildegard, geb. Holzmüller, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8312 A: Kaufmann Max Hans Gläser und Olga Helene, geb. Richter, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8313 A: Handelsvertreter Ludwig W. Koehl und Klara, geb. Dotter, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8314 A: Diplomkaufmann Karl Poths und Anna, geb. Horlebein, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8315 A: Diplomvolkswirt Norbert Köhler, Frankfurt (Main) und Renate Maria Agnes, geb. Sobich, Bad Godesberg.

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8316 A: Kaufm. Angestellter Wilhelm Kohlmeier und Elfriede, geb. Donner, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8317 A: Kaufmann Friedrich gen. Fred May und Carola, geb. Buck, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8318 A: Kaufmann Helmut Bloss und Theresia, geb. Metzger, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8319 A: Kaufmann Karl Kopf und Marianne, geb. Greiner-Perth, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8320 A: Buchdruckereibesitzer Fritz Güntter und Martha, geb. Eschmann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8321 A: Kaufmann Johann Georg Moeller und Gisela, geb. Gessner, Eschborn (Taunus).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8322 A: Gastwirt Josef Karl Barz und Irene, geb. Hüntten, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8323 A: Gastwirt Johannes Knauf und Emilie, geb. Nuss, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8324 A: Mechanikermeister Reinhold Gehrlinger und Klara, geb. Kurkowski, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8325 A: Prokurist Dieter Hartmann und Ursula, geb. Isenbart, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8326 A: Verwaltungsinspektor Arthur Bein und Michaeline, geb. Kropp, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8327 A: Kaufm. Angestellter Werner Münch und Elsa, geb. Weller, Kauffrau, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8328 A: Kaufmann Carlo Alberto Pirani und Elfriede, geb. Hermann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 20. Mai 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8329 A: Versicherungskaufmann Franz Anton Eduard Stuckardt und Elli Lieselotte, geb. Böeser, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8330 A: Waffenoberrevisor i. R. Hugo Knopf und Gertrud, geb. Cyrenius, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8333 A: Maler Theo Link und Margarete Maria, geb. Leister, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8334 A: Rechtsanwalt Dr. Erich Schmidt-Leichner und Ruth Irmgard, geb. Wetzel, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8335 A: Kaufmann Hans Wagner und Wilma, geb. Glock, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8336 A: Techn. Kaufmann Heinz Hollmann und Marie-Luise, geb. Krone, Bad Soden (Taunus).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8337 A: Kaufmann Heinrich Kraft und Anna, geb. Lang, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8338 A: Elektroingenieur Berthold Hamburger und Elfriede, geb. Mursall, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8339 A: Handelsvertreter Adolf Gundlach und Martha, geb. Kramer, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8340 A: Journalist Günther Engler und Mathilde, geb. Hammer, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8341 A: Rechtsanwalt und Notar Dr. Herbert Brauer und Erna, geb. Neufuß, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8344 A: Tankstellenbesitzer Horst Erner und Marie, geb. Schacht, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8345 A: Baumeister Herbert Müller und Gertrud, geb. Pfeiffer, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8346 A: Kraftfahrer Johann Jost Kunz und Elisabeth, verw. Salo, geb. Schneider, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8347 A: Techniker Helmut Dietz und Gerda, geb. Schmiering, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8350 A: Kaufmann Hugo Großkopf und Gisela Großkopf-Jahn, geb. Jahn, Kauffrau, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8331 A: Direktor Karl Fischer und Lina Elisabeth Brunhilde, geb. Quillmann, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 14. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8332 A: Kaufmann John Helmut Biermann und Katharina verw. Resch, geb. Steuernagel, Bad Soden (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 4. November 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8348 A: Bau-Ingenieur Ernst Brossmann und Ilse Johanna, geb. Reimann, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 23. September 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8349 A: Kaufmann Gerhard Friedrich Georg Vollmond und Anna Luise, geb. Müller, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 10. November 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Frankfurt (Main) Abt. 73

15

Eintragungen beim Amtsgericht Groß-Gerau — Zweigstelle Rüsselsheim.

Rü GR I 36: Eheleute Hans-Jochen Nadolny, kaufm. Angestellter in Rüsselsheim (Main), Georg-Jung-Straße 52, und Luise Elisabeth, geb. Becker.

Durch Erklärung vom 13. Juni 1958 gemäß Art. 8 Pos. I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 37: Eheleute Erich Walter Kurt Sobioch, Schlosser in Rüsselsheim (Main), Efeuweg 6 und Christine, geb. Keres.

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Art. 8 Pos. I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 38: Eheleute Johann Wilhelm Laut, Angestellter in Rüsselsheim (Main), Seilfurter Straße 4 und Elisabeth Erna, geb. Stanarius.

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Art. 8 Pos. I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 39: Eheleute Friedrich Werré, kaufm. Angestellter in Rüsselsheim (Main) Frankfurter Straße 88 und Margareta, geb. Hartmann.

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Art. 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 40: Eheleute Johann Robert Keil, kaufm. Angestellter in Rüsselsheim (Main), Hasslocher Straße 136 und Christine, geb. Hilss.

Durch Erklärung vom 20. Juni 1958 gemäß Art. 8 Pos. I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 41: Eheleute Hans Werner Wolf, Mechaniker in Rüsselsheim (Main), Weinbergstraße 43 und Anna Maria, geb. Schmitt.

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 42: Eheleute Kurt Börst, Angestellter, Rüsselsheim (Main), Ehlenberg 2 und Ilse, geb. Wiemann.

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 43: Eheleute Ernst Arnold Landau, Kaufmann in Rüsselsheim (Main) Heinrichstraße 6 und Christine, geb. Schäfer.

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 44: Eheleute Otto Ries, Kraftfahrer in Rüsselsheim-Hassloch, Raunheimer Straße 2, und Elisabeth, geb. Mick.

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 45: Eheleute Georg Waldemar Einsiedel, Kaufmann in Rüsselsheim-Königstädten, Obergasse 41 und Ruth Elisabetha, geb. Schweikhard.

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 46: Eheleute Johannes Ferdinand Dries, kaufm. Angestellter in Rüsselsheim (Main), Burggrafenlacher Weg 21 und Ludmilla Buchomilla Antonia Maria Leopoldine, geb. Peschl.

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 47: Eheleute Dr. jur. Ernst-Adolf Gold, Dipl.-Kaufmann in Raunheim (Main), Rudolf-Ihm-Straße 23, und Claire, geb. Schondey.

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 48: Eheleute Georg Dietrich Kamm, Gießerei-Ingenieur in Rüsselsheim (Main), Am Sommerdamm 11 und Maria, geb. Baumann.

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 49: Eheleute Curt Joseph Schrod, Kaufmann in Rüsselsheim (Main), Frankfurter Straße 128 und Hilde, geb. Vollhardt.

Durch Erklärung vom 14. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 50: Eheleute Fritz Arthur Willy Wolf, Dachdecker in Rüsselsheim (Main), Rudolf-Diesel-Straße 6 und Ella Hedwig, geb. Homuth.

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 51: Eheleute Karl August Friedrich Heinrich Dielmann, Vers.-Kaufmann in Rüsselsheim (Main), Allee 5, und Elisabeth Barbara, geb. Schick, Rüsselsheim (Main), Am Maindamm 41.

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 52: Eheleute Hans Emil Ludwig Mietzschke, Kaufmann in Rüsselsheim (Main), Darmstädter Straße 46 und Hannelore, geb. Schindler.

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 53: Eheleute Alfons Heinrich Jakob Schrank, Kaufmann in Rüsselsheim (Main), Bahnhofspassage, und Katharina, geb. Bott.

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 54: Eheleute Willi Gasser, kaufm. Angestellter in Rüsselsheim (Main), Kastanienstraße 19 und Elisabeth Luise, geb. Diehl.

Durch Erklärung vom 20. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 55: Eheleute Otto Raible, Ingenieur in Rüsselsheim (Main), Ringstraße 75 und Johanna, geb. Ende.

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 56: Eheleute Alfred Reinhold Scholl, Zahnarzt in Rüsselsheim (Main), Darmstädter Straße 36 und Johanna, geb. Holz.

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

Rü GR I 57: Eheleute Friedrich-Wilhelm Alexander Harry Philipp in Raunheim (Main), Rudolf-Ihm-Straße 27 und Sybille, geb. Braum.

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 Pos. I, Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 soll Gütertrennung gelten.

16

GR 68: Kohl, August, Kraftfahrer, und Lieselotte, geb. Zarges, Treysa.

Durch notariellen Vertrag vom 21. Oktober 1958 ist Gütertrennung vereinbart. **Treysa, 19. 12. 1958** **Amtsgericht**

17

GR 125: Ehegatten Kalkspritzer Heinrich Mayerosch und Ilse Mayerosch, geb. Schickling, wohnhaft in Melsungen.

Rechtsverhältnis: Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957).

Melsungen, 19. 12. 1958 **Amtsgericht**

GR 122: Ehegatten Tuchweber Christoph Dietrich und Martha Dietrich, geb. Moog, in Melsungen.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957).

Melsungen, 17. 12. 1958 **Amtsgericht**

GR 123: Ehegatten Maurermeister Adam Ritter und Sophie Elisabeth Ritter, geb. Höch, in Melsungen.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957).

Melsungen, 17. 12. 1958 **Amtsgericht**

GR 124: Ehegatten Ingenieur Daniel Köbberling und Anna Dorothea Köbberling, geb. Schill, in Guxhagen.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957).

Melsungen, 17. 12. 1958 **Amtsgericht**

GR 126: Ehegatten Kraftfahrzeugmeister Hans Walter und Lucie Walter, geb. Häusler, wohnhaft in Guxhagen.

Rechtsverhältnis: Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957).

Melsungen, 19. 12. 1958 **Amtsgericht**

18

Neueintragungen

GR 78: Dr. Halberstadt, Herbert, Zahnarzt und Halberstadt, Margot, geb. Betz, Burghasungen.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung. **Amtsgericht Wolfhagen, 8. 12. 1958**

GR 110: Meyer, Christian, Malermeister, und Elisabeth, geb. Jesche, Wolfhagen.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung. **Amtsgericht Wolfhagen, 16. 12. 1958**

19

GR 155: Durch notariellen Ehevertrag vom 17. September 1958 haben die Eheleute Friedrich Pittner, Rentner, und Elisabeth, geb. Eichler, Friseurin, in Ortenberg von diesem Tage an Gütertrennung vereinbart.

Ortenberg (Oberhessen) 18. 12. 1958 **Amtsgericht**

20

Handelsregister

HRA 42 — 20. 12. 1958: Diamantschleiferei Heinrich Lach, Langendiebach: Der Inhaber ist verstorben. Der Betrieb besteht nicht mehr.

Amtsgericht Langenselbold

21

Vereinsregister

Neueintragung

VR 122 — Kultur- und Sportgemeinde 1945, Bönstadt e. V., Bönstadt. Die Satzung ist am 10. 9. 1958 errichtet.

Friedberg (Hessen), 1. 12. 1958 **Amtsgericht**

22

Neueintragung

VR Nr. 54 — 18. 12. 1958 Kreisgruppe „Weschnitztal-Odenwald“ im Hessischen Sängerbund eingetragener Verein, Sitz Mörtenbach i. O.

Die Satzung ist errichtet am 5. 1. 1958. Vorstand im Sinne des § 26 BGB. ist der erste Vorsitzende. Im Verhinderungsfalle des 1. Vorsitzenden ist Vorstand des Vereins im Sinne des § 26 BGB. der 2. Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassenwart, und zwar derart, daß die drei Vorstandsmitglieder gemeinsam zeichnen und gemeinsam den Verein vertreten.

Für Geschäfte, welche den Betrag von 100,— DM übersteigen sowie zum Ankauf, Verkauf oder zur Belastung von Grundstücken ist in jedem Falle der Beschluß der Delegiertenversammlung herbeizuführen.

Amtsgericht Fürth (Odenwald)

23

Neueintragung

VR 5 — 15. 12. 1958: Sportverein Gonterskirchen e. V. in Gonterskirchen. Die Satzung ist am 5. Juli 1958 errichtet.

Laubach (Oberhessen), 15. 12. 1958 **Amtsgericht**

24

Vergleiche — Konkurse

Beschluß

2 VN 1/58: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Witwe Frau Emmy Steinecke, geb. Gimbel, Alleininhaberin des in Arolsen, Bahnhofstraße 33, unter der nicht eingetragenen „Firma Otto Steinecke“, Inhaberin Emmy Steinecke“ betriebenen offenen Textileinzelhandelsgeschäftes, ist nach Bestätigung des Vergleichs am 18. 12. 1958 aufgehoben worden.

Arolsen, 18. 12. 1958 **Amtsgericht**

25

Beschluß

1 N 5/55: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Willk Weil in Weisskirchen i. Ts., Homburger Straße, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Bad Homburg v. d. H., 19. 12. 1958 **Amtsgericht**

26

N 4/58 — Das Konkursverfahren über das Vermögen der Hess. Bekleidungswerkstätten GmbH in Camberg ist gemäß § 204 KO eingestellt. Festgesetzt ist die Vergütung des Verwalters: 500,— DM, seine Auslagen: 188,70 DM.

Camberg (Nassau), 23. 12. 1958 **Amtsgericht Limburg/L. Zweigstelle Camberg**

27

6 VN 3/58: Vergleichsverfahren: Über das Vermögen der Firma Deuster K.G. in Darmstadt, Marktplatz 13, wird heute, am 23. Dezember 1958, 16 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet, da die Schuldnerin zahlungsunfähig geworden ist und Vergleichsantrag gestellt hat. Der Rechtsanwalt Rudolf Sigwart in Darmstadt, Rheinstraße 12^{3/4}, Telefon 2786 wird zum Vergleichsverwalter ernannt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf Dienstag, den

20. Januar 1959, vorm. 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stockwerk, Zimmer 510, anberaumt. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald in doppelter Ausfertigung anzumelden. Die angeordneten Verfügungsbeschränkungen bleiben aufrechterhalten. Vergleichsantrag und Ermittlungsergebnis liegen auf Zimmer 516 für die Beteiligten offen.

Darmstadt, 23. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 6

28

6 N 62/54 — 6 N 67/54 — (Berichtigung der Anzeige Nr. 4244 v. 1. 12. 1958): In dem Konkursverfahren über das Vermögen I. der Crescentia Reimnitz, geb. Nied in Da-Arheilgen (6 N 62/54) und 2. des Herbert Reimnitz in Da-Arheilgen (6 N 67/54) berichtigte ich die unter Nr. 4244 am 1. Dezember 1958 erschienene Anzeige, wie folgt:

Es stehen für beide Konkursverfahren für die Gläubiger der Kl. VI 474,93 DM zur Verfügung, denen Forderungen von 16 775,49 DM gegenüberstehen, so daß 28/40% der Forderungen dieser Gläubiger befriedigt werden können. Ein Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Darmstadt zur Einsicht der Beteiligten ausgelegt. Auf die Ausschlussfrist des § 152 sowie die Bestimmungen der §§ 153, 154 der Konkursordnung wird besonders hingewiesen.

Darmstadt, 24. 12. 1958

Landwehrstraße 3 (Ruf: 5783)

Der Konkursverwalter
Dr. Martin
Rechtsanwalt u. Notar

29

6 N 72/56: Im Konkurs über das Vermögen der Firma Max Grothaus o.H.G., Färberei und chem. Reinigungswerk, in Darmstadt-Eberstadt soll die Schlußverteilung stattfinden. Nachdem die festgestellten Forderungen der bevorrechtigten Gläubiger der Klasse I im Wege der Abschlagzahlungen gem. § 170 KO befriedigt sind, stehen noch 2478,75,— DM zur Verfügung, aus denen neben den restlichen Kosten festgestellte Forderungen von bevorrechtigten Gläubigern der Klasse II mit 19 776,23 DM zu berücksichtigen sind. Alle übrigen Gläubiger fallen aus. Ein Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Darmstadt zur Einsicht der Beteiligten ausgelegt. Auf die Ausschlussfrist des § 152 Konkursordnung wird besonders hingewiesen.

Darmstadt, 24. 12. 1958

Im Goissensee 10 (Tel. 3271)

Der Konkursverwalter
Karl Schafft
Rechtsanwalt und Steuerberater

30

6 N 39/54: Im Konkurs über das Vermögen der Firma Betonsteinwerk Darmstädter GmbH, Pfungstadt, soll die Schlußverteilung stattfinden. Nachdem die festgestellten bevorrechtigten Gläubiger der Klasse I befriedigt sind, stehen noch 24 218,15 DM zur Verfügung, aus denen neben den restlichen Kosten festgestellte bevorrechtigte Gläubiger der Klasse II mit 47 953,10 DM zu berücksichtigen sind. Alle übrigen Gläubiger fallen aus. Ein Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Darmstadt zur Ein-

sicht der Beteiligten ausgelegt. Auf die Ausschlussfrist des § 152 Konkursordnung wird besonders hingewiesen.

Darmstadt, 23. 12. 1958

Im Goissensee 10 (Tel. 3271)

Der Konkursverwalter
Karl Schafft
Rechtsanwalt und Steuerberater

31

Beschluß

81 N 184/54: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmannes Otto Stockhausen, Frankfurt (Main), Liliencronstraße 11, des früheren Inhabers des Garagenbetriebes „Garagen Atlantic“ Frankfurt (Main), Grüneburgweg 12, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Freitag, den 16. Januar 1959, vormittags 9 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Gerichtsgebäude B, Zimmer 337, anberaumt.

Frankfurt (Main), 17. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

32

Beschluß

81 VN 25/58 — Vergleichsverfahren: Die Baugesellschaft Walter Heß mbH., Herstellung von Industrie- und Ingenieurbauten, Stahlbeton, Hoch- und Tiefbau u. a., Frankfurt (Main), Klingenbergstraße 1—3, hat durch einen am 20. 12. 1958 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt. Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Dr. Andreas Bonhage, Frankfurt (Main), Taubenstraße 1, Telefon 276 76, bestellt.

Frankfurt (Main), 23. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

33

Beschluß

81 N 185/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmannes Alexander Farkas, Frankfurt (Main), Niddastr. 58, Rauchwaren-Export-Import wird zur Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag des Gemeinschuldners, zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Anhörung über die Festsetzung der Vergütung und der Auslagen für die Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin auf den 16. Januar 1959, 10 Uhr vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, 3. Stock, Zimmer 337, anberaumt. Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Frankfurt (Main), 24. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

34

Beschluß

81 N 322/56: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Georgette Hartwig, Inhaberin eines Bauunternehmens für Hoch- und Tiefbau, Frankfurt (Main), Wittelsbacher Allee 62, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt. Für den Konkursverwalter, Rechtsanwalt von Heimbürg, Frankfurt (Main), sind festgesetzt: die Vergütung auf DM 1000,—, die Auslagen auf DM 138,75.

Frankfurt (Main), 20. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

35

Beschluß

81 N 181/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmannes Hans Rybka, Frankfurt (Main), Löwengasse 14—16 bei Neuhaus, Inhaber des Cafe-Restaurants „2x schwarzer Kater“, Frankfurt (Main), Berliner Straße 6 wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf den 6. Februar 1959, 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Geb.-B., Zimmer 337, anberaumt. Für den Konkursverwalter sind festgesetzt: Die Vergütung auf 750,— DM, die Auslagen auf 108,65 DM.

Frankfurt (Main), 22. 12. 1958

Amtsgericht, Abteilung 81

36

Beschluß

7 N 33/57: Im Konkursverfahren über das Vermögen des Metzgermeisters Walter Plensat in Gießen, Grünbenger Straße 48 und Marburger Straße 10 wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf Freitag, den 16. Januar 1959, 9 Uhr vormittags, vor dem Amtsgericht hier, Zimmer 113, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis den bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 300,— DM, die ihm zu entstehenden Auslagen werden auf 6,20 DM festgesetzt.

Gießen, 17. 12. 1958

Amtsgericht

37

7 N 22/58: Über das Vermögen der Firma Heinrich Irge, Inh. Herbert Baum, Marburg (Lahn), Biegenstraße 31, ist heute um 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Brinkmann II, Marburg/L., Markt 11, Telefon 2228. Konkursforderungen sind bis 10. Januar 1959 nur bei Gericht (doppelt) anzumelden. Zinsen sind bis heute dem Beträge nach anzugeben. Gläubigerversammlung und Prüfungstermin sind auf den 16. Januar 1959, 15 Uhr, hier, Zimmer 8, anberaumt. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. Januar 1959 ist bestimmt (§§ 118, 119 KO).

Marburg (Lahn), 19. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 7

38

Konkursverfahren:

7 N 75/54: Das am 15. Dezember 1954 über das Vermögen des Kaufmannes Franz Pauer, Inhaber der Firma Pem-Fabrikation und Versandgeschäft Franz Pauer in Mühlheim (Main), Zimmerstraße 25, eröffnete Konkursverfahren wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Offenbach (Main), 12. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 7

39

7 N 18/57: **Konkursverfahren:** Das am 18. April 1956 über das Vermögen des Bäckermeisters Walter Harbig, Offenbach (Main)-Rumpenheim, Büngeler Straße 5, eröffnete Konkursverfahren wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Offenbach (Main), 12. 12. 1958

Amtsgericht, Abteilung 7

40

62 N 59/57: Das **Konkursverfahren** betr. den Spediteur Adolf Daut sen., gesetzlich vertreten durch Frau Anna Daut, im Wiesbaden, Neugasse 5, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Wiesbaden, 18. 12. 1958

Amtsgericht

41

62 N 98/55: **Schlußtermin und Termin** zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen in dem **Konkursverfahren** betr. die Firma Bücherquell Robert Witzel, Wiesbaden, Dotzheimer Straße 75: 15. Januar 1959, 11 Uhr, Zimmer 247.

Wiesbaden, 17. 12. 1958

Amtsgericht

42

62 V 98/55: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma „Bücherquell“ Robert Witzel, Wiesbaden, Dotzheimer Straße 75 soll die **Schlußverteilung** erfolgen.

Dazu sind verfügbar etwa DM 1885,37. Nach dem auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Wiesbaden, Abteilung 62, Zimmer 243, Aktenzeichen: — 62 N 98/55 — niedergelegten Verzeichnis sind zu berücksichtigen: DM 99,74 bevorrechtigte Konkursforderungen gem. § 61, 1 KO. DM 4332,30 bevorrechtigte Konkursforderungen gem. § 61, 2 KO. DM 78 943,11 nicht bevorrechtigte Forderungen.

Wiesbaden, 16. 12. 1958

Der Konkursverwalter
Dr. Georg Scherz**43**

62 VN 10/58: **Vergleichsantrag** des Kaufmanns Paul Cohausz, Inhaber des Einzelhandelsgeschäfts für Damenbekleidung in Wiesbaden, Wellritzstraße 2, vom 20. Dezember 1958.

Vorläufiger Vergleichsverwalter: Dipl.-Volkswirt Dr. Fritze in Wiesbaden, Wilhelminenstraße 22.

Wiesbaden, 22. 12. 1958

Amtsgericht

Zwangsvollstreckungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den bean-

spruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

44

8 K 4/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung zwecks Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Oberscheld Band 22 Blatt 857 eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 20. Februar 1959, vormittags 9.30 Uhr an der Geschäftsstelle Untertor 8, Zimmer Nr. 18, versteigert werden:

Nr. 3, Flur 56, Flurstück 165, Hof- und Gebäudefläche Neuer Weg, 2,24 Ar;

Nr. 4, Flur 71, Flurstück 247, Ackerland auf dem obersten Blickestück, 4,16 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. Mai 1958 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer waren damals 1) der Bengmann Heinrich Louis Scheld in Oberscheld als Miteigentümer zu $\frac{2}{3}$ Anteil, 2) Erich Scheld, geboren am 29. 6. 1918, 3) Helmut Scheld, geboren am 9. 9. 1922, zu 2) und 3) in Oberscheld und als Miteigentümer zu je $\frac{1}{6}$ Anteil eingetragen. Der Verkehrswert der Grundstücke ist durch Beschluß vom 23. 10. 1958 auf 8100,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Dillenburg, 19. 12. 1958

Amtsgericht

45

8/6 K 2/57: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Haiger Band 21 Blatt 131 und 132 eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 6. März 1959, vormittags 9.30 Uhr an der Geschäftsstelle Untertor 8, Zimmer 18 versteigert werden.

Nr. 1, Flur 51, Flurstück 6, Ackerland, Seifen 2. Gew., 9,35 Ar;

Nr. 2, Flur 12, Flurstück 165, Ackerland am Kratzenberg 4. Gew., 9,55 Ar;

Nr. 7, Flur 55, Flurstück 112, Ackerland Hutstück Obstb. 2. Gew., 1,05 Ar;

Nr. 8, Flur 6, Flurstück 52, Ackerland auf Lindersrain 4. Gew., 12,40 Ar;

Nr. 9, Flur 12, Flurstück 164, Ackerland am Kratzenberg 4. Gew., 18,77 Ar;

Nr. 10, Flur 5, Flurstück 113, Grünland vorn im Emlach 2. Gew., 9,90 Ar;

Nr. 12, Flur 10, Flurstück 50, Grünland hinterm Graben II. Teil, 9,37 Ar;

Nr. 13, Flur 10, Flurstück 53, Grünland hinterm Graben, II. Teil, 9,33 Ar;

Nr. 18, Flur 50, Flurstück 380/231, Ackerland Ziegelhütte 5. Gew., 2,53 Ar;

Nr. 22, Flur 46, Flurstück 194/61, Grünland Kälberwiese 2. Gew., 12,85 Ar;

Nr. 1, Flur 25, Flurstück 108/74, Hof- und Gebäudefläche Bahnhofstraße 53, 10,27 Ar;

Nr. 2, Flur 25, Flurstück 108/75, Hof- und Gebäudefläche Bahnhofstraße 53, 2,78 Ar;

Nr. 3, Flur 25, Flurstück 108/76, Hof- und Gebäudefläche Bahnhofstraße 53, 2,73 Ar;

Nr. 4, Flur 25, Flurstück 108/77, Hof- und Gebäudefläche Bahnhofstraße 53, 3,58 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. Januar 1958 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer waren damals a) Apotheker Walter Willmann, Haiger, b) Apotheker Hans Willmann, Haiger, c) Fräulein Else Willmann, Haiger, d) Ehefrau Martha Hirsch, geb. Willmann in Zimmersrode/Bez. Kassel in ungeteilter Erbengemeinschaft eingetragen. Der Verkehrswert der Grundstücke ist durch Beschluß vom 1. 10. 1958 auf 79 509,96 DM festgesetzt. Bieter auf landwirtschaftlich genutzte Flächen von zusammen über 25 Ar bedürfen der Bietgenehmigung des Landwirtschaftsamtes in Herborn.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Dillenburg, 22. 12. 1958

Amtsgericht

46

Beschluß

K 11/58: Das im Grundbuch von Fritzlär Band 1699, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1 Gemarkung Fritzlär, Flur 20, Flurstück 53, Lieg.-B. 1032, Geb.-B. 101, Hof- und Gebäudefläche, St. Wigbertstraße 5 und 7, 1,89 Ar soll am 22. Januar 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Schladenweg Nr. 1, Zimmer Nr. 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 7. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Pflesterer Julius Richter in Fritzlär.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 31 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Fritzlar, 29. 11. 1958

Amtsgericht

47

Beschluß

K 11/58: Die im Grundbuch von Wilsbach Band 5 Blatt 198 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Wilsbach,

lfd. Nr. 24 Flur 10 Flurstück 467/65 Lieg.-B. 91 Geb.-B. 46 Hof- und Gebäudefläche, Im Ort 56, 4,65 Ar;

lfd. Nr. 25 Flur 10 Flurstück 481/65 Hofraum, Im Ort 56, 0,56 Ar;

sollen unter Aufhebung des Beschlusses vom 11. Dezember 1958 am 3. April 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude zu Gladenbach, Giessener Straße Nr. 27, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 18. September 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schreiner Hermann Cloos in Wilsbach. Der versehentlich auf den 27. März 1959 anberaumte Termin findet nicht statt.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 17 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Gladenbach, 19. 12. 1958

Amtsgericht

48

6 K 9/58: Das im Grundbuch von Ginsheim Band 1 Blatt 18 eingetragene Grundstück

Nr. 1 Gemarkung Ginsheim Flur I Flurstück 367/9 Hof- und Gebäudefläche, Neckarstraße 4, 3,03 Ar.

soll am Freitag, den 13. Februar 1959, 9 Uhr im Bürgermeistereigebäude in Ginsheim durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 15. 4. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1a) Rauch Heinrich der Neumite, Maurer, b) Rauch Emilie, geb. Malkmus, dessen Ehefrau — Gesamtgut der Errungenschaftsgemeinschaft.

Steiginteressenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf Antrag $\frac{1}{10}$ des Bargobotes als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 22. 12. 1958 **Amtsgericht**

49

6 K 11/57: Das im Grundbuch von Ginsheim Band 17 Blatt 1284 eingetragene Grundstück

Nr. 1 Gemarkung Ginsheim Flur VIII Flurstück 74/2 Hof- und Gebäudefläche, Gabelsbengerstraße 7, 5,34 Ar — (Schätzwert: 29 319,— DM) —

soll am Freitag, den 30. Januar 1959 vorm. 9 Uhr, im Bürgermeistereigebäude in Gustavsburg durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 4. Mai 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Georg Plötz, Elektromaschinenbaumeister in Gustavsburg. Steigliebhaber werden darauf hingewiesen, daß auf Antrag $\frac{1}{10}$ des Bargobotes als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

50

51 K 85/58: Am 25. Februar 1959, 9.30 Uhr, soll beim Amtsgericht Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96, im Wege der Zwangsvollstreckung das im Grundbuch von Kassel Band 1, Blatt 19 eingetragene Grundstück: lfd. Nr. 1, Gemarkung Kassel, Flur L II, Flurstück 505/98, Hof- und Gebäudefläche, Schlachthofstraße Nr. 29, Größe: 2,96 Ar, versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 25. September 1958, dem Tage der Eintragung des Zwangsvollesteigerungsvermerks: Architekt Horst Fester in Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 15. 12. 1958 **Amtsgericht**

51

51 (18) K 123/56: Am 4. März 1959, 11 Uhr, sollen beim Amtsgericht Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96, im Wege der Zwangsvollstreckung die im Grundbuch von Bettenhausen, Band 5, Blatt 105, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Bettenhausen, lfd. Nr. 1: Flur 3, Flurstück 425/49, Hof- und Gebäudefläche, Miramstraße 37, Größe: 4,01 Ar, lfd. Nr. 2: Flur 3, Flurstück 50, Hof- und Gebäudefläche, Miramstraße 37, Größe: 0,49 Ar, lfd. Nr. 3: Flur 3, Flurstück 51, Größe: 0,25 Ar, lfd. Nr. 4: Flur 3, Flurstück 52, Größe: 1,34 Ar, lfd. Nr. 5: Flur 3, Flurstück 53, Größe: 3,64 Ar, zu lfd. Nr. 3 bis 5: Hofraum, Miramstraße, lfd. Nr. 6: Flur 3, Flurstück 48, Hof- und Gebäudefläche, Miramstraße, Größe: 1,04 Ar, lfd. Nr. 7: Flur 3, Flurstück 422/42, Größe:

0,38 Ar, lfd. Nr. 8: Flur 3, Flurstück 424/47, Größe: 0,23 Ar, zu lfd. Nr. 7 und 8: Hofraum, Miramstraße, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. November 1956, dem Tage der Eintragung des Zwangsvollesteigerungsvermerks: Ehefrau Luise Charlotte Käthe Horchler, geb. Imgrund in Kassel-Bettenhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 18. 12. 1958 **Amtsgericht**

52

51 K 11/58: Am 4. März 1959, 8 Uhr, sollen beim Amtsgericht Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96, im Wege der Zwangsvollstreckung die im Grundbuch von Bettenhausen Band 4, Blatt 79, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Bettenhausen, lfd. Nr. 1: Flur 16, Flurstück 32, Gartenland, Leipziger Straße, Größe: 6,27 Ar; lfd. Nr. 2: Flur 16, Flurstück 33, Gartenland, Leipziger Straße, Größe: 0,53 Ar; lfd. Nr. 3: Flur 16, Flurstück 31, Gebäudefläche und Gartenland, Leipziger Straße 387, Größe: 22,44 Ar, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. Februar 1958, dem Tage der Eintragung des Zwangsvollesteigerungsvermerks: a) Kaufm. Angestellter Ewald Müller in Kassel-Bettenhausen, b) dessen Ehefrau Anneliese Müller, geb. Killian, daselbst, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 6. 12. 1958 **Amtsgericht**

53

Beschluß

K 10/57: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Limburg Band 23 Blatt 701 eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1 Gemarkung Limburg Flur 24 Flurstück 112 Lieg.-B. 86 Geb.-B. 697, Hof- und Gebäudefläche Fischmarkt 15, 0,78 Ar, die im Eigentum der Werbeverkäuferin Emmy Keul steht,

soll am 2. März 1959, 14.30 Uhr im Gerichtsgebäude Schiede Nr. 14, Zimmer 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. Dezember 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Die Werbeverkäuferin Emmy Keul, geb. Salewsky in Nentershausen, jetzt Limburg, zu $\frac{1}{2}$, b) der Schwemmsteinfabrikant Hermann Beck in Nentershausen zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert der Grundstückshälfte wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 6750,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Limburg (Lahn), 18. 12. 1958 **Amtsgericht**

54

K 4/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Limburg Band 10 Blatt Nr. 350 A eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 23. Februar 1959, 14.30 Uhr, an der Gerichtsstelle Schiede Nr. 14, Zimmer 14 versteigert werden.

lfd. Nr. 1 Gemarkung Limburg Flur 36 Flurstück 181/11 Lieg.-B. 1988 Geb.-B. 921 Hof- und Gebäudefläche Grabenstraße 34, 3,47 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. Juni 1958 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals die Kommanditgesellschaft in Firma Georg Fischer sen. u. Co. in Limburg, Grabenstraße 34, eingetragen.

Der Wert des Grundstückes wird auf 102 500,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Limburg (Lahn), 18. 12. 1958 **Amtsgericht**

55

7 K 30/58: Im Zwangsvollesteigerungsverfahren — 7 K 30/58 — Dambacher, Hof- und Gebäudefläche Senefelderstraße 9, wird der Termin vom 21. 1. 1959 abgesetzt, da das Verfahren mit Beschluß vom 18. 12. 1958 aufgehoben wurde.

Offenbach (Main), 18. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 7

56

Beschluß

K 9/58: Die im Grundbuch von Bebra Band 38 Blatt 1291 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Bebra,

lfd. Nr. 1 Flur 7 Flurstück 764/114 Lieg.-B. 1314 Geb.-B. 743 Hof- und Gebäudefläche, Eisenacher Straße 104, 22,15 Ar;

lfd. Nr. 2 Flur 7 Flurstück 812/114 Geb.-B. 743 Hof- und Gebäudefläche, daselbst, 32,84 Ar,

sollen am 20. März 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Untertor 2, Zimmer Nr. 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Juni 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Witwe Elisabeth Nölke, geb. Osan im Weiterode zu $\frac{1}{2}$; b) Witwe Elisabeth Nölke, geb. Osan in Weiterode, Ehefrau Luise Schmuck, geb. Nölke in Weiterode, Kurt Nölke im Weiterode, Elmriede Rohrbach, geb. Nölke in Hersfeld in ungeteilter Erbengemeinschaft zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 168 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Rotenburg (Fulda), 19. 12. 1958

Amtsgericht

57

K 10/58: Die im Grundbuch von Stornfels, Band 10, Bl. 497, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Stornfels,

Nr. 1 Flur 1 Flurstück 95 Hof- und Gebäudefläche im Geraumes, 2,78 Ar;

Nr. 7 Flur 1 Flurstück 92 Grünland daselbst, 2,16 Ar;

Nr. 8 Flur 1 Flurstück 93 Gartenland daselbst, 1,81 Ar,

sollen am 5. März 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts in Schotten, Schloßgasse 6, Zimmer Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 9. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ernst Fritzius, Elektriker in Stornfels (jetzt wohnhaft in Gerlafingen, Kanton Solothurn/Schweiz).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

Schotten, 17. 12. 1958

Amtsgericht

Einzelstücke dieser Ausgabe d. St.-Anz. sind erhältlich zum Stückpreis von DM 0,40

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

Frankfurt (Main), Münchener Str. 51
Tel. 33 12 14 / 33 11 96

Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11A, Postschließfach 109
Tel. 2 58 61

Postversand: gegen Vorauszahlung von DM 0,50 in Briefmarken oder Überweisung auf Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 117 337 — Verlag Kultur u. Wissen GmbH, Ffm. — (Verwendungszweck auf dem Abschnitt genau bezeichnen.) — Lieferung gegen Rechnung nur ab 4 Exemplaren an Behörden, Dienststellen und Organisationen.

58

Andere Behörden und Körperschaften

Öffentliche Ausschreibung

Die Flughafen Frankfurt (Main) Aktiengesellschaft hat im Laufe der Jahre 1959/60 als Bauherr für den weiteren Ausbau des Flughafens Frankfurt (Main) für bereits ausgeführte bzw. im Bau befindliche Rohbauten die Ausbauarbeiten jeglicher Art bis zur schlüsselfertigen Erstellung zu vergeben. Firmen, die in der Lage sind, die Arbeiten fachgerecht und kurzfristig auszuführen, werden hiermit aufgefordert, ihre Bewerbungen möglichst umgehend zur Aufnahme in die Firmenliste der Flughafen Frankfurt (Main) Aktiengesellschaft einzureichen.

Für die Ausgabe von Ausschreibungsunterlagen erfolgt zur gegebenen Zeit eine schriftliche Benachrichtigung.

FLUGHAFEN FRANKFURT/MAIN
AKTIENGESELLSCHAFT
Frankfurt (Main), Flughafen

59

Aufforderung. Herr Willy Schlitt, Momberg Nr. 166, Kreis Marburg (Lahn), hat die Kraftloserklärung seines Sparkassenbuches Nr. 688 bei unserer Hauptzweigstelle Neustadt, Kreis Marburg (Lahn), beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Marburg (Lahn), 29. 12. 1958

Kreissparkasse Marburg (Lahn)
Der Vorstand

60

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt:

1. Anna Lanz, Offenbach a. M., das Sparkassenbuch Nr. 28 621; 2. Elisabeth Engelberger, Wassenberg/Rhld., das Sparkassenbuch Nr. 100 552; 3. Otto Kraft, Frankfurt a. M., die Entschädigungsgutschrift Nr. A 66 519; 4. Luise Lautz, Dudenhofen, das Sparkassenbuch Nr. 2-7831.

Ferner hat Frau Paula Lohnes, Offenbach am Main, die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 2-6848, Klaus Lohnes, Offenbach am Main, beantragt.

Die Inhaber der Sparkassenbücher bzw. Entschädigungsgutschrift werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher/Entschädigungsgutschrift für kraftlos erklärt werden.

Offenbach (Main), 19. 12. 1958

Städtische Sparkasse Offenbach am Main
Der Vorstand

61

Bekanntmachung

Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 15. 12. 1958 — Urkundenrolle Nr. 522/58 des Notars Karl Theo Steffen in Marburg (Lahn) — ist das Stammkapital der Gesellschaft von 480 000,— DM auf 360 000,— DM herabgesetzt worden.

Gemäß § 58 GmbH-Gesetz fordern wir alle evtl. Gläubiger der Gesellschaft auf, sich bei uns zu melden und uns mitzuteilen, ob sie der Herabsetzung zustimmen oder wegen ihrer Ansprüche Befriedigung verlangen.

Die Bekanntmachung erfolgt aus den förmlichen Gründen des GmbH-Gesetzes. Nach unseren Buchunterlagen sind Gläubiger nicht vorhanden.

Marburg (Lahn), den 3. 1. 1959

Stephan Niderehe & Sohn GmbH
Marburg a. d. Lahn

gez.: Ludwig Niderehe
gez.: Heinz Noll

62

Kraftloserklärung. Durch Beschluß vom 17. 12. 1958 sind die nachverzeichneten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden:

1. Sparkassenbuch Nr. 19 705, lautend auf Walter Jost, Nidda; 2. Sparkassenbuch Nr. 17 156, lautend auf Anna Jost, Nidda; 3. Sparkassenbuch Nr. 24 669, lautend auf Heinrich Götz, Ober-Mockstadt; 4. Sparkassenbuch Nr. 278, lautend auf Emmy Sigel, Bad Selters; 5. Sparkassenbuch Nr. 9201, lautend auf Greta Balsler, Wingershausen; 6. Sparkassenbuch Nr. 15 721, lautend auf Karl Fleischmann, Eschenrod; 7. Sparkassenbuch Nr. 17 002, lautend auf Fürstl. Rentkammer (Allgem. Stammgutfonds), Büdingen.

Nidda, 24. 12. 1958 Kreissparkasse des Landkreises Büdingen in Nidda
Der Vorstand

63

Die aufstrebende, unmittelbar vor den Toren Frankfurt a. M. gelegene Gemeinde Kriftel (Taunus), rund 4600 Einwohner, Ortsklasse B, sucht zum alsbaldigen Dienstantritt

einen Bauingenieur

der Fachrichtung Tiefbau mit besonderen Kenntnissen und Erfahrungen im Kanal- und Straßenbau. Er muß in der Lage sein, alle Entwurfs-, Ausschreibungs-, Bauüberwachungs- und Abrechnungsarbeiten selbständig zu erledigen. Kenntnisse und praktische Erfahrungen auf dem Gebiet des Hochbaues (bauliche Unterhaltung gemeindeeigener Gebäude wie Schulen pp.) und der Ortsplanung sind ebenso erwünscht.

Vergütung nach T.O.A. Via. Bei besonderer Bewährung ist die Übernahme in das Beamtenverhältnis in Aussicht genommen. Probezeit nach Vereinbarung.

Bewerbungen mit Lichtbild, handgeschriebenem Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften, mit eingehender Schilderung des beruflichen Werdeganges und Angabe des frühesten Eintrittstermines sind bis spätestens 1. Februar 1959 an den Gemeindevorstand der Gemeinde Kriftel erbeten.

Kriftel, 23. 12. 1958

Der Bürgermeister

Geschäftsführer gesucht

für einen kleineren Kneipp-Kurort in Hessen.

Das Arbeitsgebiet umfaßt u. a. Verwaltung, Verhandlung, Werbung, Kulturelles. Bevorzugt pens. Verwaltungsbeamte.

Angebote mit den üblichen Unterlagen unter 1-1959 an
Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Schließfach 109